

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 1, Jänner 2007 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

Hammer für die GVB: 18 Millionen fehlen

Stadtwerke in der Krise: Nach der Privatisierung des Energiebereichs ist die Finanzierung von Straßenbahn und Bus nicht gesichert. KPÖ: „Weiterer Ausverkauf muss verhindert werden.“ S. 2/3



EURO – TEURO:

**Rückblick: Fünf Jahre
Einheitswährung**

DROHT CHAOS:

**Segen oder Fluch?
Shopping-Riese ECE**

GEBEN STATT NEHMEN:

**134.687 Euro gegen
die ärgste Not**

Im Ballfieber. Es muss nicht die Opernredoute sein: Am 27. Jänner steht mit der Volks- hausredoute einer der Höhepunkte des Grazer Ballsaison am Programm. In der Lagergasse 98 wird es Tanz und Unterhaltung ohne finanzielle Hemmschwellen geben. Einlass ist ab 19.30 Uhr. Der Reinerlös wird für das „Haus Rosalie“ der Vinzigemeinschaft gespendet!

**Rat und Hilfe.
Mieter-Notruf
717108**

www.kpoe-graz.at



Bus und Bim?

Das Stadtblatt befragte die Grazer zum Finanzdebakel rund um den öffentlichen Verkehr. Der Tenor: Beim Angebot sparen, ist der falsche Weg.

Modernisieren statt beim Angebot sparen wäre angesagt, denn das ist im Vergleich zu Wien denkbar schlecht. Eine Nahverkehrsabgabe wie in Wien wäre eine gute Lösung! (Mag. Ingeborg Leitner, Lehrerin)



Das Linienangebot sollte ausgebaut werden, anstatt zu sparen. Die Finanzierung sollte auch weiterhin durch die öffentliche Hand erfolgen; durch Umschichtungen im Budget. (DI Johann Rumpf, Baumeister)

Man sollte das Angebot der GVB attraktiver machen. Damit wäre es wirtschaftlicher, weil es mehr Leute nützen würden. Eine zusätzliche Förderung aus Steuern kann ich mir vorstellen, nicht aber höhere Fahrpreise. (Tobias Eisenberg, Biochemiker)



Mein Lösungsvorschlag: kürzere Intervalle, attraktivere Angebote und Verkauf von Zehnerblöcken auch beim Straßenbahnschaffner! Zum einen wäre die Einzelfahrt billiger. Jeder, der öfter fährt, würde profitieren. (Gitte Hübner-Dornig, Pensionistin)

Das Angebot der Öffentlichen Verkehrsbetriebe sollte besser und attraktiver werden. Finanziert werden sollte es von den Autofahrern. Wie? Da gibt es viele Möglichkeiten, ob über Steuern, Parkgebühren oder ganz einfach eine Verteuerung der Treibstoffe. (Tobias Braun, Student)



STADTWERKE PRIVATISIERUNG WIRKT SICH BEI DEN Der öffentliche Verkehr

34 Millionen Euro Verlust machen die Grazer Verkehrsbetriebe (GVB). Nun drohen Leistungseinschränkungen. Eine Nahverkehrsabgabe wie in Wien könnte die GVB retten.

DIE GVB:

Die Grazer Verkehrsbetriebe (GVB) transportieren pro Jahr rund 98 Millionen Fahrgäste und legen dabei 11,5 Millionen Kilometer auf der Schiene und 8,3 Millionen Kilometer auf der Straße zurück. Im Einsatz sind 69 Straßenbahnen (bis zum Baujahr 1976) und 133 Busse.

Die Linienlänge beträgt bei der Straßenbahn 58,1 km, beim Busnetz sogar 174,7 km.

Die GVB beschäftigen mehr als 800 Personen, 460 davon arbeiten im Fahrdienst.

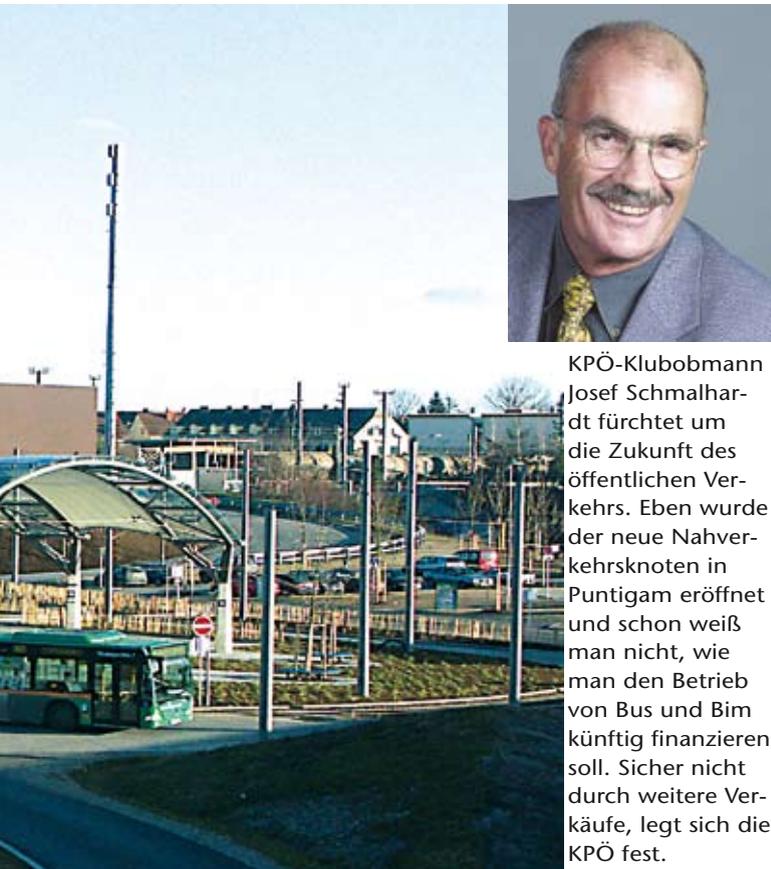
Fährt bald nur noch jede zweite Straßenbahn? Werden noch heuer die ersten Buslinien gekappt? Obwohl im öffentlichen Verkehr (ÖV) so viel gebaut wird wie lange nicht – die Straßenbahnlinien 4 und 6 werden verlängert, der 5er dreht am neuen Nahverkehrsknoten Puntigam um – ist die Freude darüber gedämpft. Denn die Grazer Verkehrsbetriebe (GVB) haben ein Minus von 34 Millionen Euro eingefahren, so KPÖ-Klubchef Josef Schmalhardt. 18 Millionen davon können die Stadtwerke nicht abdecken.

„Jetzt trifft uns der Hammer aus dem Verkauf der Energiebereiche der Stadtwerke“, sagt Josef Schmalhardt, „die Stadtwerke können den Verlust ihrer GVB nicht mehr berappen und Finanzstadtrat Wolfgang Riedler sagt, er habe nicht mehr Geld für den

ÖV“. Der mit 3,3 Millionen Euro dotierte „Taktfahrplan“ wurde ja sogar aus dem Budget 2007 gestrichen.

Vor dem Verkauf von 49 Prozent der Energieanteile – 300 Millionen Euro gingen an die Stadtwerke, 93 Millionen an die Stadt – verfügten die Grazer Stadtwerke über genug Einnahmen, um den ÖV zu stützen. Damit ist längst Schluss; die Millionen werfen nicht genug Zinsen ab, um das Auslangen zu finden.

Klarerweise denkt man im Rathaus über Lösungen nach. Josef Schmalhardt ortet Gefahren. Etwa das Gründen einer Nahverkehrs-Finanzierungsgesellschaft, um das Problem auszulagern. Damit würde sich die Stadt ihrer Verantwortung entziehen. Und er sieht wie KPÖ-Verkehrssprecher Johann Slamanić die Gefahr einer Privatisierung des ÖV vor allem im



KPÖ-Clubobmann Josef Schmalhardt fürchtet um die Zukunft des öffentlichen Verkehrs. Eben wurde der neue Nahverkehrsknoten in Puntigam eröffnet und schon weiß man nicht, wie man den Betrieb von Bus und Bim künftig finanzieren soll. Sicher nicht durch weitere Verkäufe, legt sich die KPÖ fest.

GRAZER VERKEHRSBETRIEBEN AUS! steckt in der Krise

Busbereich – die bis zum zum Einstellen von Linien reichen kann.

Nahverkehrsabgabe

Als probates Gegenmittel sieht man inzwischen quer durch alle Parteien die von der KPÖ lange geforderte Nahverkehrsabgabe – wenn auch unterschiedlich eingestuft. Bürgermeister Siegfried Nagl meinte, jeder Grazer mit Einkommen solle 9,90 Euro pro Monat als Nahverkehrsabgabe zahlen, die im Gegenzug beim Kauf einer GVB-Jahreskarte rückvergütet würden. „Das ist immerhin der Versuch, etwas zu steuern. Aber da müsste man zumindest eine soziale Gewichtung einziehen“, so Verkehrssprecher Slamanig.

Der Vorschlag der KPÖ geht in eine andere Richtung. Wie es in Wien schon lange üblich ist, sollen auch in

Graz bzw. der Steiermark die Unternehmen eine Nahverkehrsabgabe berechnet nach der Anzahl der Beschäftigten Mitarbeiter oder nach Wirtschaftskraft leisten. Nur so können neue Fahrzeuge angeschafft, das Schienennetz in Stand gehalten, das Angebot verbessert werden. Für Landeshauptmann Franz Voves ist eine Mischform denkbar, bei der Unternehmer wie Bewohner einen Beitrag leisten.

In Jedem Fall ist die öffentliche Hand gefordert. Und die Stadtwerke, die laut ihren Statuten Geld aus der Abspaltung des Energiebereiches „ausschließlich und dauerhaft zur Bestandssicherung des ÖV und der Wasserversorgung verwenden müssen“. Und nicht wie kürzlich zum Kauf einer Biogasanlage in Kroatien, so Klubchef Schmalhardt.

MEINUNG

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr:

Wo bleibt die Glaubwürdigkeit?

Man sollte auch nach Wahlen zu dem stehen, was man vor den Wahlen angekündigt hat. Das ist sehr wichtig, wenn man als politische Partei nicht unglaubwürdig werden will. Eine Partei, die der Arbeiterbewegung verpflichtet ist, darf Wort und Tat nicht auseinander klaffen lassen. Die Auseinandersetzungen rund um die Regierungsbildung beweisen, wie wichtig das ist.

Die Studiengebühren bleiben, die Eurofighter kommen, die Sozialversicherungsbeiträge werden erhöht, die Mineralölsteuer steigt an. Kein Wunder, dass sich viele Leute, die an die Versprechungen vor der Wahl geglaubt haben, jetzt wundern und ärgern. Die Forderungen der großen Konzerne waren auch für die SPÖ wichtiger als das Vorhaben, das man im Sommer plakatiert hatte: Wohlstand muss gerecht verteilt werden!



foto furgler

Die Wahlversprechen sind vergessen. Man hat nicht gewagt, die Vermögen der Superreichen anzutasten. Alle Steuerprivilegien der Großkonzerne bleiben aufrecht.

Was man damit angerichtet hat, wird man in einigen Jahren sehen. Mit dem Schreckgespenst Schwarz-blau kann man die eigenen Fehler und Versäumnisse jedenfalls nicht vergessen machen.

Bei der KPÖ weiß man, woran man ist: Privatisierung und Sozialabbau sind mit uns nicht zu machen. Wir versuchen, positive Lösungen für die Probleme in unserer Stadt zu finden, und wir zeigen durch unsere Arbeit, dass wir den Menschen auch ganz konkret helfen.

In den Jahren seit 1998 haben wir bewiesen, dass man sich auf uns verlassen kann; vor und nach den Wahlen.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 2060
elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Für „Soziale Gerechtigkeit“ hat die SPÖ im Wahlkampf geworben. Jetzt ist nicht einmal die Verteilung der Ministerposten gerecht.

INHALT

| | |
|---|-------|
| Mehr Bäume in Graz..... | 4 |
| Ein Vorzeige-Gemeindebau.... | 5 |
| Aus dem Gemeinderat..... | 7 |
| Mieternotruf..... | 8 |
| KPÖ-Politbezüge gespendet .. | 9 |
| Das Geschäft mit dem Pech . | 10 |
| Leiharbeit: Ausbeutung oder Segen | 12/13 |
| Joanneum in Nöten | 14 |
| Luxusgut Studentenheim..... | 15 |
| Euro – Teuro | 17 |
| Tücken rund ums Postkastl .. | 18 |
| Aus den Bezirken | 20/21 |
| Die Volkshausredoute | 24 |

MEINUNG

KPÖ-Stadträtin Wilfriede Monogioudis:

Kranke brauchen solidarische Hilfe



Wenn heutzutage von Reformen die Rede ist, sollte man aufmerksam und kritisch hinhören. Beitragserhöhungen, Leistungskürzungen und soziale Hürden werden gerne ausgesprochen positiv dargestellt. Werden beispielsweise Förderungen gekürzt, verwandeln sich Menschen plötzlich zu Leistungsträgern. Werden ganze Abteilungen geschlossen, spricht man von Strukturreform.

Ein Schauplatz dieser Entwicklung ist unser Gesundheitswesen. Bernhard Felderer, Chef des Instituts für höhere Studien, forderte unlängst „die Einführung eines Bonus für Gesundheitsbewusste“.

Hinter diesem vorteilhaften Begriff verbirgt sich der Vorschlag, mit Hilfe von Gesundheitsschecks sogenannte Risikogruppen zu identifizieren. Übergewichtige, Extremsportler, sicherlich auch Raucher, müssten dann in einem Bonus-Malus-System mit höheren Beiträgen zur Krankenversicherung rechnen.

Dahinter steckt die Absicht, das Prinzip der individuellen Verantwortung auf Kosten der Solidarität einzuführen. Für viele erscheinen solche Überlegungen aufs Erste betrachtet nachvollziehbar: Wer ungesund oder riskant lebt, soll doch bitte die Folgen für dieses Verhaltens selbst tragen.

Die Konsequenzen kämen allerdings einer Zäsur gleich und würden zahlreiche Fragen aufwerfen: Ab welchem Body-Mass-Index würde jemand als

übergewichtig gelten? Kann eine konkrete Herz-Kreislauf-Erkrankung tatsächlich auf den Tabakkonsum von vor 20 Jahren zurückgeführt werden? Noch unvermittelter würden sich diese Fragen für Unfallopfer stellen.

Gerade Arme müssten demnach mehr zahlen.

Die Folgen dieses Vorschlags würden gerade jene Menschen treffen, die ohnedies mit existenziellen Problemen kämpfen. In der Gruppe der Einkommensschwachen finden sich deutlich mehr Übergewichtige und Raucher als unter Reichen.

Zudem zeigen Studien einen Zusammenhang zwischen Gesundheit und Einkommen bzw. Bildung: Wer auf ein besseres Einkommen zählen kann oder einen höheren Bildungsabschluss hat, ist seltener krank als Arme. Die beste Gesundheitsvorsorge neben dem individuellen Verhalten ist daher Einkommensgerechtigkeit!

Unser solidarisches Krankenversicherungssystem kommt gerade jenen zugute, die es besonders brauchen, nämlich den Einkommensschwachen. Das sollte auch so bleiben, denn Kranke oder Verletzte benötigen primär die Hilfe der Gemeinschaft und nicht noch höhere finanzielle Belastungen.

Ihre Stadträtin Wilfriede Monogioudis, Tel. 872 2050 stadtraetin.monogioudis@stadt.graz.at

GRÜNRAUMSCHUTZ

Mehr Bäume auf öffentlichen Flächen

Die Wirtschaftsbetriebe pflegen 18.400 Bäume auf öffentlichen Flächen. Der Bestand wächst um 50 Bäume pro Jahr.

Ob Baupläne in Innenhöfen, Umwidmungen von Freiland in Bauland oder Verlust von Vorgärten: Immer häufiger taucht die Frage nach dem Schutz des Grazer Grünraumes auf. Grünflächen sind ein begehrtes Gut. „Der Erhalt dieser wertvollen Flächen und vor allem der Baumschutz“, so Stadträtin Wilfriede Monogioudis, „wird zu Recht von der Bevölkerung gefordert.“

Wenig gefährdet sind Grünräume und Bäume auf öffentlichen Flächen, bestätigt die Wirtschaftsbetriebe-Stadträtin: „In unseren Parkanlagen und anderen öffentlichen Grünflächen werden jährlich mehr Bäume neu ausgepflanzt, als gefällt werden müssen.“

Rund 18.400 Bäume finden sich auf öffentlichen Flächen in Graz. Jährlich rund

180 Bäume, das ist weniger als 1 %, müssen auf Grund von Schädigungen und Astbrüchen ersetzt werden. Die Lebensdauer der Bäume in der Stadt beträgt rund 100 Jahre.

Darüber hinaus setzen die Mitarbeiter der Grazer Wirtschaftsbetriebe jährlich rund 50 zusätzliche Jungbäume, um den Baumbestand zu vergrößern. In den vergangenen fünf Jahren wurden 1.160 Bäume neu gesetzt. Für die Pflegemaßnahmen wurde der städtische „Baumpflege-Trupp“ von vier Mitarbeitern auf acht Personen verdoppelt.

„Der Erhalt von Grünflächen und der Baumschutz sind für eine hohen Lebensqualität absolut notwendig“, meint Stadträtin Monogioudis und fordert, dass dies auch für private Liegenschaften gelten müsse.



Wirtschaftsbetriebe: Gute Arbeit bei Baumschutz und Baumpflege



Heuer werden die letzten vier Häuser im nördlichen Muchitschblock auf Vordermann gebracht.

MUCHITSCHBLOCK

Ein Vorzeige-Gemeindebau

Zwei Wohnhäuser wurden um 1,2 Millionen Euro saniert. Bis Ende 2007 ist der gesamte nördliche Muchitschblock saniert.

In nur knapp vier Monaten wurden die städtischen Wohnhäuser Vinzenz-Muchitschstraße 23 und Weißenhofgasse 12 um 1,2 Millionen Euro saniert. 15 Gemeindewohnungen mit einer Gesamtnutzfläche von 893m² besitzen nun Fernwärmeanschlüsse und zeitgemäße Nasszellen. Dazu gibt es in beiden Wohnhäusern nun Personenaufzüge.

Im Rahmen einer kleinen Feier übergab KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr die neuen Wohnungen offiziell an die Mieter: „Mit Hilfe der Steiermärkischen Wohnbauförderung sind wir unserem Ziel, auch Menschen mit kleineren Einkommen zeitgemäße und leist-

bare Wohnungen anbieten zu können, einen großen Schritt näher gekommen.“

Die Sanierung war die erste seit dem Bau der Anlage zwischen 1922 und 1926. Seither wurden die städtischen Wohnhäuser im sogenannten Muchitschblock ihrem Schicksal überlassen. Entsprechend desolat war der Zustand der Wohnungen, die zum Großteil nicht einmal Bäder hatten. Erst auf Initiative von KP-Stadtrat Ernest Kaltenegger wurde mit dem Herrichten der Siedlung begonnen. Seine Amtsnachfolgerin Elke Kahr setzt diese Sanierung nun fort.

Anstatt der WCs am Gang und einem einzigen Waschbecken in winzigen Garcon-



WOHNUNGSAMT Viel Neues für 2007

Die Schwerpunkte im Wohnungsamt: Mehr sanierte Wohnungen, Nasszellen-Einbau, Verbessern der Wohnqualität.

Am wichtigsten sind die umfassenden Sanierungsarbeiten bei Gemeindebauten. Der nördliche Muchitschblock wird um 2,4 Millionen Euro vollendet, dazu kommt die Sanierung der Häuser Schönauergürtel 58 und 60.

Die Erhaltungsarbeiten reichen von neuen Dächern und Wärmeisolierungen in der Fasangartenstraße über Dächer für den Tannhofweg 37 bis 55 oder neue Fenster in der Triester Straße 83 bis 93. Weil noch immer nicht alle Gemeindewohnungen über ein zeitgemäßes Bad verfügen, wird der Nasszelleneinbau mit 220.000 Euro fortgesetzt. Seit 1996 konnten dank dieser KPÖ-Initiative mehr als 600 Wohnungen mit Nasszellen ausgestattet werden.

Auch für neue Gemeindewohnungen ist vorgesorgt. 210 sind 2007 in Bau oder in Planung. Zu wenig angesichts der mehr als 1000 Grazer, die auf eine freie Gemeindewohnung warten. Deshalb drängt Wohnungsstadträtin Elke Kahr weiter auf neue Wohnungen am Gelände der Kirchner- oder Hummelkaserne, die vom Bundesheer aufgelassen werden. Finanzlandesrat Wolfgang Riedler versicherte, dass man in dieser Sache bereits verhandelt.

nieren dürfen sich die Mieter nun über moderne und hübsche Wohneinheiten freuen.

Bis Ende 2007 werden die letzten vier Häuser im nördlichen Muchitschblock hergerichtet, 22 sind ja bereits umfassend saniert. „Ich freue mich schon so“, meint eine Mieterin einer alten Wohnung, die im Frühjahr in eine neu sanierte Wohnung übersiedeln wird.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at



Wohnungsstadträtin
ELKE KAHR
Helfen statt reden

VERKEHRSCHAOS AM BAHNHOFGÜRTEL DROHT

Stadtgalerien: Chance oder Fluch?

Geplantes Einkaufszentrum beim Bahnhof verspricht 1000 Arbeitsplätze. Aber hält die Gegend das vom Verkehr aus? Gehen die Arbeitsplätze nicht anderswo verloren?



Wo heute Leiner und C&A daheim sind, soll der Shopping-Riese ECE entstehen.

Die Stadtgalerien am Bahnhofgürtel, zwischen Annenstraße und Niesenberggasse, sollen auf rund 60.000 m² 130 Shops Platz bieten. Viele stimmen Lobeshymnen über das Einkaufszentrum an, das aber vielleicht nicht so golden ist, wie uns seine Betreiber weismachen wollen.

Große Pläne hat das deutsche Unternehmen ECE in Graz. Dort, wo heute Leiner und C&A ihre Waren feilbieten, soll heuer mit dem Bau der „Stadtgalerien“ begonnen werden. „Shoppern in einer neuen Dimension“, verspricht man bei ECE. Und hält große Stücke auf den Verkehrsanschluss mit Bahn, Straßenbahn, Bus und Auto. Für letztere werden 1500 Tiefgaragenplätze errichtet.

Gerade hier liegt der erste Hund begraben. Der Bahnhofgürtel rangiert beim Grazer Verkehrsaufkommen im Spitzenfeld: 45.000 Kfz überqueren täglich die Kreuzung mit der Annenstraße, dazu

kommen vier Straßenbahnlinien. In der Unfallstatistik liegt die Kreuzung in Graz auf Platz drei. Experten rechnen mit rund 9.000 Fahrzeugen mehr pro Tag, wenn die Galerien in Betrieb gehen.

Weil die Verkehrslawine stetig wächst, hat schon der damals zuständige Verkehrstadtrat Franz Josel zur Jahrtausendwende auf eine Unterführung für die Straßenbahnen gedrängt. Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Aus Geldmangel denkt die Stadt an eine „Pimperlösung“ à la Stadion Liebenau oder Stadthalle. Dort wurde den Anrainern viel versprochen, aber kaum etwas gehalten.

Aber dort ist wenigstens nur bei Veranstaltungen die Hölle los. Bei den Stadtgalerien hingegen ist an sechs Tagen pro Woche volles Haus. Und das wird auch

in der Innenstadt zu spüren sein. Man braucht nur nach Kapfenberg zu schauen, wie das dortige ECE-Einkaufszentrum beim Bahnhof zum Sterben der Innenstadt-Geschäfte geführt hat. Auch in Graz stellt sich die Frage, warum man ins Zentrum fahren sollte, wenn es so nah alles unter einem Dach gibt? So meinte auch Bürgermeister Siegfried Nagl bei der Projektpräsentation: „Das ist unsere Antwort, wo man in Zukunft einkaufen wird.“

Auch die 1000 neuen Arbeitsplätze lassen sich hinterfragen. Weil sich in den Galerien nicht nur neue Shops ansiedeln werden, werden die Jobs ziemlich sicher wo anders abgezogen.

Was bleibt? Die Galerien sind ein 180 Millionen Euro Projekt, das aber teure infrastrukturelle Maßnahmen der Stadt erfordert. Werden sie mit mickrigen Begleitmaßnahmen errichtet, sind sie ein Anschlag auf die Lebensqualität und Verkehrs-

ECE-STADTGALERIE

Auf rund 60.000 m² und sechs Einkaufsebenen sollen ab 2009 an die 130 Shops geöffnet haben. Gut 20.000 m² benötigt allein Leiner, weitere 5000 m² sind für Gastronomie reserviert. In einer Tiefgarage sind 1500 Parkplätze geplant. Die deutsche ECE – ein Teil der Otto-Versand-Gruppe – will hier investieren.

cherheit. Und für die Innenstadtbetriebe heißt es warm anziehen; oder in die Stadtgalerien siedeln.

Für die KPÖ ist klar: Das Einkaufsgeschehen darf sich nicht einfach nur verlagern. Und das Verkehrsaufkommen muss so bewältigt werden, dass es keiner weiteren Belastung kommt. Beide Problemfelder werden derzeit untersucht.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Graz, Elke Kahr
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91



Schon jetzt können die Gürtelstraßen den Verkehr kaum aufnehmen.

Frauen bei Feuerwehr unerwünscht?

Bei einem Besuch bei der Feuerwehr mit rund 35 Frauen machte **KPÖ-Gemeinderätin Ulrike Taberhofer** Ende Oktober eine befremdende Erfahrung: Auf die Frage, wie es mit dem Einsatz von Frauen bei der Feuerwehr aussieht, meinte der zuständige Brandmeister, das sei nicht möglich, weil Frauen keine Bergeschere halten könnten. Allerdings gibt es seit Sommer des Vorjahres eine Dienstzweigeverordnung, nach welcher der gleichberechtigte Zugang von Frauen zur Feuerwehr gewährleistet sein muss.

Wann antwortet der Bürgermeister?

Anfragen von Mitgliedern des Gemeinderates an den Bürgermeister müssen bis spätestens in der drittfolgenden Sitzung beantwortet werden. Die Beantwortung einiger Anfragen von KP-Gemeinderäten an Bürgermeister Siegfried Nagl ist zum Teil schon seit einem Jahr offen, was **KPÖ Gemeinderat Georg Fuchs** zum Anlass nahm, um eine weitere Anfrage an den Bürgermeister zu richten, nämlich die nach der Einhaltung der von der Geschäftsordnung der Stadt Graz vorgegebenen Fristen.

Basissubvention für Haus Rosalie

Das Haus Rosalie in der Babenbergerstraße 61a bietet Frauen in Not, insbesondere Frauen mit Kindern und Frauen, die psychisch belastet sind, eine vorübergehende Unterbringung.

In einer Zeit, da die Schere zwischen arm und reich immer größer wird, sind auch immer mehr Frauen von Obdachlosigkeit betroffen. Daher stellte **KPÖ Gemeinderätin Christine Schönberg** den Antrag, dem Haus Rosa-

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT



Hilfe für Frauen in Not: Das Haus Rosalie der Vinzige-meinschaft

lie eine Basissubvention zu gewähren – in dem Ausmaß, wie sie für ähnliche Einrichtungen vorgesehen ist. Der Erlös des Volkshaus-Balls am 27. Jänner kommt übrigens dem Haus zugute.

Altstadtanwalt muss kommen!

„Das neue Altstadt-Erhaltungsgesetz soll unbedingt auch den Altstadtanwalt beinhalten“, fordert **KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch**. „Gerade eine solche weisungsfreie Institution mit Parteistellung wäre dringend notwendig,

um die Sachverständigenkommission in ihrem Kampf um die historische Substanz zu unterstützen – notfalls auch beim Höchstgericht“. Die Grazer ÖVP und SPÖ sind gerade dabei, ein wirkungsvolles Gesamtpaket zu unterlaufen, indem sie auf die wesentlichste Neuerung bewusst verzichten. „Wer einen funktionierenden Altstadt-



Altstadtanwalt soll historische Substanz schützen.

schutz will, muss auch Ja zum Anwalt sagen. Zuviel ist auf diesem Gebiet unwiederbringbar versäumt worden!“, so Fabisch.

Auch **KPÖ-Bezirksvorsteher Stv. Franz Stephan Parterer** (Innere Stadt) im Bezirksrat: „Wir haben im 1. Bezirk den Abriss des Kommod-Hauses erleben müssen. Die Gefahr des Spekulantentums ist groß. Und es ist nicht auszuschließen, dass die entsprechenden Leute ihre Verbindungen in die Stadt hinein spielen lassen. Deshalb brauchen wir einen unabhängigen Anwalt für unsere Altstadt“.

Millionen in Messe gepulvert

Verlustbetrieb Grazer Messe: 58 Millionen Euro kostet die neue Halle A. Zwei Millionen Euro muss die Stadt bis 2031 zuschießen.

Gähnende Leere dort, wo einst die Halle 1 stand. Die Baulücke wird mit der neuen, 2-stöckigen Halle A gefüllt, die samt Foyerbauten und Tiefgarage mit 350 Parkplätzen 58 Millionen Euro kostet. Möglich ist das nur, weil die Messe Grundstücke ums Messe-schlössl verschreibt und die Messe-Gesellschafter – also hauptsächlich die Stadt – zwei Millionen Euro pro Jahr in die Messe buttern.

Baustelle: In die Messe pulvert die Stadt weiterhin Millionen.



„In der derzeitigen Budgetsituation der Stadt muss man die Ausgaben hinterfragen. Im Sozial- und Kulturbereich immer mehr zu sparen und aber jedes Jahr Millionen in die Grazer Messe zu stecken, kann nicht im Sinne einer guten Stadtpolitik sein!“, meint **KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann**. „Machen wir den selben Fehler immer wieder Geld in die Messe zu stecken nicht noch einmal“,

warnt **Bergmann**.

Derzeit arbeitet man bei der Messe an der neuen Halle A – ein weiteres Prestigeprojekt neben der Stadthalle. Sie soll für den Messebetrieb und für Veranstaltungen erhalten. Um die Baukosten und auch den Betrieb der Messe zu decken, trennt sich die Messe von jenem Areal, wo einst der Vergnügungspark untergebracht war. Sind diese Grundstücke verkauft und die Erlöse verbraucht, heißt es für die Stadt einmal mehr zahlen, wenn man sich die Messe weiter leisten will.

Stadtblatt - Service

Richtsätze für das Jahr 2007

PENSIONEN

Mindestpensionen (Pensionen mit Ausgleichszulagen) wurden erhöht auf:

| | |
|--|------------|
| Mindestpension | brutto |
| Alleinstehende: | € 726,- |
| Paare (Familien): | € 1.091,14 |
| Erhöhung der Ausgleichszulage pro Kind | € 76,09 |

PFLEGEgeld

Das Pflegegeld wurde 2007 nicht erhöht. Es wird in 7 Stufen gewährt und beträgt monatlich für

| | |
|---------------|------------|
| Stufe 1..... | € 148,30 |
| Stufe 2..... | € 273,40 |
| Stufe 3..... | € 421,80 |
| Stufe 4..... | € 632,70 |
| Stufe 5..... | € 859,30 |
| Stufe 6..... | € 1.171,70 |
| Stufe 7 | € 1.562,10 |

SOZIALHILFERICHTSÄTZE

Für den Lebensbedarf steht zu:

| | |
|--|---------|
| Alleinstehende | € 507,- |
| Hauptunterstützte oder Unterstützte in Haushaltsgemeinschaft | € 463,- |

Mitunterstützte, die mit einem Hauptunterstützten in Haushaltsgemeinschaft leben € 309,-
- für die Familienbeihilfe bezogen wird € 156,-

Dazu kommt der vertretbare Aufwand des Hilfeempfängers für Unterkunft sowie im Februar und August 2007 für Energiekosten ein Betrag von € 44,-.

Im Juni und im November stehen Sonderzahlungen in der Höhe der Richtsätze zu.

REZEPTGEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Personen mit Einkommen bis zu einer Grenze von:
für Alleinstehende € 726,-
für Ehepaare € 1.055,99
Erhöhung der Grenze pro Sorgspflicht € 76,09

RUNDFUNK- UND TELEFONGEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Personen mit Einkommen bis zur Grenze von:
für Alleinstehende € 813,12
für Ehepaare € 1.222,08

Wenn Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich bitte an eine der Servicenummern der KPÖ Graz (71 71 08) oder an den Zentralverband der Pensionisten (71 24 80 tägl. von 10 bis 13 Uhr). Wir helfen ihnen gerne weiter.

HILFE IN WOHNFRAGEN

Mieter-Notruf: 71 71 08

Seit 1992 gibt es den Mieternotruf der KPÖ, der schon vielen aus der Patsche geholfen hat, die Probleme oder Fragen rund ums Wohnen hatten.

Wir alle brauchen ein Dach über dem Kopf. Wenn es einem finanziell nicht mehr gut geht, wird das Wohnen schnell zu einem großen Problem. In unserer Stadt können sich immer mehr Menschen die teuren Mieten am freien Markt nicht leisten, geraten zunehmend unter Druck und werden dadurch in die Armut gedrängt. Viele wissen über ihre Rechte nicht Bescheid und sind der Willkür ausgeliefert.

Rat und Hilfe sind wichtig. Deshalb gibt es den Mieter-Notruf der Grazer KPÖ: 71 71 08 ! Rufen Sie einfach an. Sie erhalten fach- und rechtskundige Beratung in allen Wohnungsfragen. Dabei geht es um die Überprüfung der Betriebskostenabrechnung, um Mietverträge, Maklerprovisionen, Vergütung von Mietverträgen und um vieles mehr. Denn Willkür darf keine Chance haben. Der Mieter-Notruf ist notwendig. Das zeigt die Erfahrung. Wir helfen, wo wir können.

Stadträtin Elke Kahr: „Wohnen ist keine Ware.“

Banken, Wohnungsspekulanten und Wohnungsgesellschaften dürfen nicht das letzte Wort haben. Für uns stehen die Menschen im Mittelpunkt und nicht der Profit. In unserem Land sollen nicht nur die Reichen Lebensqualität haben. Wir dürfen auf keinen Menschen vergessen.“

Den Mieter-Notruf der KPÖ gibt es in Graz seit 1992. Seither konnte vielen Menschen bei Mietwucher, Spekulantentum und anderen Problemen mit ihrer Wohnung geholfen werden.

Seit 1998 gibt es eine Sanierungsoffensive bei den städtischen Wohnhäusern: Unter dem Motto „Ein Bad für jede Gemeindewohnung“ wurden insgesamt 681 Wohnungen mit Nasszellen ausgestattet. Das ist eine gute Bilanz.

Rat und Hilfe.
Mieter-Notruf
717108



BÜRGERBETEILIGUNG: WERKSTATT GRAZ
Weitere Gesprächsrunden

Die Werkstatt Graz hat die erste Befragungsrunde abgeschlossen. Im Frühjahr folgt die nächste Gesprächsrunde mit interessierten Grazern.

Die Werkstatt Graz – das erste Projekt zur Bürgerbeteiligung in der Stadt – geht in die nächste Runden. Die „Innovationswerkstätten“ in allen Bezirken sind abgeschlossen. Im Frühjahr folgen „Konsenskonferenzen“, bei denen wieder mit den Bürgern die wichtigen Punkte festgelegt werden, die dann Realität werden sollen.

Über den Zuspruch zeigt



man sich zufrieden. „Es kamen weitaus mehr zu den Werkstätten, als sich angemeldet haben. Die Menschen sind mit Begeisterung dabei!“ freut sich Projektleiterin Doris Kampus. Die Innovationswerkstätten zeigten, was den Grazern unter den Nägeln brennt und am Herzen liegt. In demokratischer Abstimmung entschieden die Bür-

ger über die Schwerpunkte: Gleich hinter den Grazer Generalthemen „Umwelt und Verkehr“ lagen Themen wie „Stadtteil- und Grünraumgestaltung“ oder „Stadtteilkommunikation“.

Für die Werkstatt Graz hat der Gemeinderat 600.000 Euro frei gegeben.

Infos gibt es im Internet unter www.zeit-fuer-graz.at.



Zwei Stadträtinnen und vier Abgeordnete im Landtag legen offen, was mit ihren Bezügen geschieht: Allein 2006 halfen sie mit fast 135.000 Euro.

DER SOZIALFONDS

In den Sozialfonds zahlen die Grazer Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogoudis sowie die Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenegger, Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg und Renate Pacher ein.

Jede Stadträtin bekommt netto rund 5180 Euro, die Abgeordneten etwa 2750 Euro, Klubchef Kaltenegger 4900 Euro. Davon behalten sich die Politiker rund 1900 Euro, der Rest geht an in Not geratene Menschen. Die Aufteilung gilt auch für das Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

KPÖ-POLITIKERBEZÜGE GESPENDET

134.687 Polit-Euro für Notfälle

Exorbitant hoch sind die Bezüge vieler Politiker. Die KPÖ-Mandatare nutzen das, um in Not Geratenen zu helfen: 2006 wurden 777 Personen mit 134.687 Euro unterstützt. Insgesamt gingen seit 1998 schon 502.000 Euro an Bedürftige.

Wenn die Not am größten ist, ist guter Rat oft teuer. Wenn das soziale Netz versagt, springt der KPÖ Sozialfonds ein. In diesen Fonds fließt der Großteil der KPÖ-Politikerbezüge. „Seit 1998 stellen wir dieses Geld zur Verfügung“, erklärt Wohnungstadträtin Elke Kahr. In diesem Jahr wurde Ernest Kaltenegger Stadtrat in Graz und über damit Bezieher eines Politikereinkommens von mehr als 5.000 Euro. Als Kritiker der überhöhten Einkommen beschränkte er sich persönlich auf ein Facharbeitereinkommen und nützte das darüber hinausgehende Geld für wirkliche Notfälle. Diesem Vorbild folgen die KPÖ-Mandatarinnen in

der Stadtregierung und im Landtag. „Wir wollen nicht an Bodenhaftung verlieren“, erklärt Stadträtin Kahr, „und wir wollen denen helfen, die in Not geraten sind“.

Der Großteil dieses Geldes wird für den unvorhergesehene Belastungen verwendet. Heilbehelfe, Sanierungsarbeiten in Wohnungen, Zahlungsrückstände bei Heizung oder Strom – all das findet sich auf den Sorgenlisten derer, die bei den KPÖ-Mandataren ein offenes Ohr finden.

Die KPÖ-Stadträtinnen und die Landtagsabgeordneten behalten rund 1900 Euro für sich selbst. „Das ist ein ausreichendes Gehalt. Die Menschen, die in meine Sozialberatung kom-

men, können von so einer Summe nur träumen. Und wir sollten uns nicht zu weit entfernen von den Menschen, die uns um Hilfe bitten“, sagt Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

„Wir achten darauf, dass das Geld sinnvoll eingesetzt wird“, so Ernest Kaltenegger, KPÖ-Klubchef im Landtag, „wenn jemand spielsüchtig ist, dann hilft man ihm nicht damit, dass man Geld hergibt. Oft geht das Geld auch direkt an Hausverwaltungen, Energieunternehmen oder Schulen, wenn Eltern sich eine Schullandwoche des Kindes nicht leisten können“.

Freilich geht es um noch mehr als um das Verteilen von Geld. „Es zählt auch die menschliche Beratung. Wir hören die Anliegen an, ohne herabzusehen. Es ist auch wichtig, dass die Menschen wissen, dass sie bei uns ih-

re Sorgen ohne Vorbehalte vorbringen können“, erklärt Elke Kahr, „es gibt einfach viele, die würden nie zur Caritas gehen oder zum Sozialamt, weil sie sich genießen. Aber zu uns kommen sie“.

Die KPÖ-Politiker wollen damit einen Anstoß geben, damit sich global etwas verändert. Sie denken an eine Steuerreform, die nicht wie bisher vor allem die Konzerne, die Reichen und deren Stiftungsvermögen entlastet. Vor allem „die Leute müssen anständig verdienen. 1.000 oder weniger Euro für einen 38-Stunden-Job sind nicht tragbar“, so Landtagsabgeordneter Werner Murgg, der an geänderte Kollektivverträge und gesetzliche Mindesteinkommen denkt.

Ein weiter Weg ist also noch zu gehen. Vielen wird er mit dem Sozialfonds der KPÖ auch weiter etwas leichter fallen.

4,8 MILLIONEN FÜR BLUMAU

Land sponsert Luxustherme

Trotz unternehmerischer Fehlleistungen schenkt das Land der Therme Blumau ein Darlehen über 4,8 Millionen Euro. KPÖ pocht für die Zukunft auf Beteiligung statt auf Geschenke.

bei Wirtschaftsminister Martin Bartenstein drohte, die Therme in Konkurs zu schicken, sollte der Bund nicht auf Rückzahlungen von rund acht Millionen Euro verzichten.

Beteiligung statt Geschenk

Die KPÖ schlägt vor, größere Wirtschaftsförderungen in Zukunft an eine Beteiligung des Landes zu knüpfen. Etwa durch die von Landeshauptmann Voves angekündigte Landesholding, die es noch immer nicht gibt. Dadurch gibt es mehr Kontrolle und Einfluss, und im Falle von Gewinnen würde das Land sogar profitieren.

So bleibt es dabei: Die Therme Blumau darf weiter exorbitante Tagespreise verlangen und wird auch in Zukunft nicht wirklich ausgelastet sein. Kein Wunder, denn wie viele Menschen können sich das leisten? Und bald wird es die nächste Diskussion geben, ob das Land noch einmal etwas sponsert oder die Therme schließen muss. Denn die Konkurrenz um Blumau ist gewaltig und hochwertig.

Wer in der Blumauer Hundertwasser-Therme planschen will, legt 42 Euro für eine Tageskarte auf den Tisch; Kinder zahlen immer noch 24 Euro. Trotz dieser gewaltigen Tarife – oder vielleicht gerade deshalb – kam die Therme in Finanznöte. Wegen „unternehmerischer Fehlleistungen“, wie Landeshauptmann Franz Voves kritisierte. Dennoch verzichtet das Land – mit Stimmen von SPÖ und ÖVP – auf ein Darlehen über 4,8 Millionen Euro. Um einen Leitbetrieb, einen „Flagship-Store“ für den Ganzjahres-Qualitätstourismus zu erhalten, wie Voves medial rechtfertigte.

Für die KPÖ ist dieses Geldgeschenk an Thermenbauer und Betreiber Robert Rogner nicht vertretbar – zumal dieser inzwischen auch



Fast 13 Millionen Euro will Blumau-Betreiber Robert Roger von Bund und Land geschenkt haben. Da zieht's einem Thermengast leicht die Schlapfen aus; wie hier im schönen aber auch nicht ganz billigen Loipersdorf.



STANDORTABGABE FÜR WETTCAFES

Das Geschäft

Betreiber von Glücksspielseiten im Internet, Wettcafes und Automatenhersteller machen Riesengewinne. Die EU will das Geschäft mit dem Pech freigeben. Einige Staaten machen gegen die Branche mobil – um ihr Monopol zu schützen.

GLÜCK UND KIRCHE

Vom Unglück profitiert auch die katholische Kirche. Das Stift Admont besorgte 58.000 Aktien von bwin, so das Wirtschaftsblatt. Über die Bank der katholischen Kirche Schelhammer & Schattera – sie rühmt sich „christlicher Verantwortung“ – besitzt die Kirche 5,3 Prozent an den lukrativen Casinos Austria.

Um extreme Gewinne geht es beim Glücksspiel. Vor allem die Internet-Anbieter und die Wettcafes sahen gewaltig ab: Mit gut 375 Millionen Euro beziffert bwin seine „Brutto-Gaming-Erträge“ 2006 – und das mit im Vergleich zum Casino minimalem Aufwand.

Ähnliches gilt für die Glücksspiel-Cafes, in denen Automaten stehen. Hier heißt der Marktführer in Österreich Novomatic. Das

Unternehmen aus Niederösterreich ist seit 25 Jahren im Glücksspielgeschäft, darf sich mit einer staatlichen Auszeichnung schmücken und ist auch Eigentümer der Admiral-Sportwetten GmbH.

Admiral betreibt rund 140 Wettcafes in Österreich – 46 in der Steiermark, 12 davon in Graz, die restlichen in Wien und Kärnten. Denn nur dort – und seit kurzem in



Admiral ist in Sachen Wettcafés und Glücksspiel der Platzhirsch in Österreich. In Wien, Kärnten, der Steiermark und seit 2006 auch in NÖ dürfen Wettautomaten aufgestellt werden. Dass dort viel Geld hineinrinnt, zeigt allein die Tatsache, dass 2006 mehr als 20 Raubüberfälle allein auf steirische Wettcafés verübt wurden.

mit dem Pech

Niederösterreich – dürfen die Spielautomaten für das „Kleine Glücksspiel“ mit 50 Cent Einsatz aufgestellt werden.

In Niederösterreich sorgte die Bewilligung für 2500 neue Automaten im letzten Jahr für einen gewaltigen Wirbel. Die nun zur Staatssekretärin aufgestiegene Ex-SPÖ-Sozial- und Jugendlandesrätin Christa Kranzl wehrte sich gegen die Abzocke und wollte „Jugendliche vor dem Absturz in die Spielsucht schützen“. Daraufhin klagte Novomatic auf Schadenersatz bis zu 20 Millionen Euro pro Jahr – „zur Einschüchterung und Warnung an alle Politiker“, so Kranzl, die dann auch noch vom niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll zurückgepfiffen wurde. Schlussendlich gab es eine Bewilli-

gung für 1800 Automaten, woraufhin Novomatic die Klage zurückzog.

Besagte 20 Millionen zeigen klar, wie viel Geld mit den Automaten zu machen ist. Denn besagte Summe kommt heraus, wenn pro Tag 30 Euro in jedem der 1800 Automaten landen; in Wahrheit ist es ein Vielfaches dieser Summe, das Verbrechen anzieht, das Spielsüchtige in den Ruin stürzt.

Deshalb pocht die KPÖ weiter auf eine Standortabgabe für Wettcafés und eine Lustbarkeitsabgabe für Automaten auf Wiener Niveau. Langfristig soll das Kleine Glücksspiel verboten werden, bei dem es durch bestimmte Einstellungen am Glücksspiel-Automat ganze 48 Sekunden dauert, bis 100 Euro verzockt sind.

MEINUNG



Ernest Kaltenegger

Das Glück ist ein Vogerl

Welcher größere Ort in der Steiermark hat noch kein Wettcafé? Selbst wenn man sie nicht sehen würde, erfahren wir von ihrer Existenz spätestens durch die beinahe regelmäßigen Medienberichte über die Überfälle auf diese Klein-Casinos. Dabei sind die Raubüberfälle nur die Spitze des Eisberges.

Die anderen Folgen der ständig steigenden Spielsucht sind nicht weniger dramatisch. Tausende Existenzen wurden bereits vernichtet. Aus gut situierten Menschen sind Mittellose geworden, Einkommensschwache haben ihr wenig Geld zur Gänze verspielt, so dass es nicht einmal mehr für Miete, Strom und Essen reicht. Familien zerbrechen, Leidtragende sind nicht selten die Kinder. Sozial- und Schuldnerberatungsstellen können ein Lied davon singen.

Die Flut an Wettcafés hat längst die Schwelle eines harmlosen Vergnügens überschritten. Das Land Steiermark

hätte die Möglichkeit, diesem Wildwuchs einen Riegel vorzuschieben – durch das völlige Verbot des so genannten „Kleinen Glücksspiels“ oder das Anheben der Besteuerung, damit sich das Geschäft für die Betreiber einfach nicht mehr lohnt. Auch eine sehr hohe Standortabgabe für Wettcafés wäre hilfreich.

Darum bemüht sich die KPÖ im Landtag. Es muss endlich gehandelt werden! Schließlich bezahlt die öffentliche Hand auch die Folgekosten dieser ausufernden Spielsucht. Ob es um Sozialhilfe für gescheiterte Menschen oder um die unbedingt notwendigen Therapieangebote geht, alles muss mit Steuergeldern finanziert werden. Ganz abgesehen vom menschlichen Leid, welches als Folge einer solchen Sucht entsteht.

Das Glück ist ein Vogerl, heißt es oft verniedlichend beim Glücksspiel. In der Realität entpuppt sich dieses Vogerl nicht selten als ausgewachsener Pleitegeier.

Leserreaktion auf unseren Bericht

Ruinöses Glücksspiel

Was hier in der Steiermark passiert sind schon mafiöse Zustände. Dass hier dem Betrug kein Riegel vorgeschoben wird, ist mehr als fragwürdig.

Was hier als sogenanntes „kleines Glücksspiel“ bezeichnet wird ist alles andere als klein. Ein sehr guter Freund von mir hat in weniger als einer Stunde seine gesamte Abfertigung für sieben Jahre Arbeit verspielt.

Mehr als einmal habe ich gesehen wie jemand in weniger als einer Stunde zwischen 6.000 und 7.000 Euro verspielt hat. Und das wird als **kleines** Glücksspiel bezeichnet!

Mit dem „illegalen“ Startknopf drückt man **einmal** (!) und mit diesem einzigen Knopfdruck hat man binnen fünf Minuten 1000 Euro verloren!

Ein Stadtblatt-Leser (Name der Red. bekannt)

Leiharbeit: Ausbeutung od

Bis vor wenigen Jahren lag die Personalleasing-Branche im rechtlichen Graubereich und genoss ein denkbar schlechtes Image. Wir wollten wissen, wie die Realität heute, fünf Jahre nach Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, aussieht und sprachen mit dem Betriebsratsvorsitzenden Walter Theisl.

Am 1. 3. 2002 trat ein Kollektivvertrag für Arbeitskräfteüberlasser in Kraft. Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage hat den Personalleasingmarkt auf legale Beine gestellt. – Eine erfreuliche Entwicklung und höchste Zeit, da immer mehr Unternehmen auf Leiharbeiter zurückgreifen. Doch noch ist nicht alles so, wie es sein

sollte, meint Walter Theisl, seit 2004 Betriebsratsvorsitzender für Steiermark und Kärnten der Firma Manpower Österreich.

Falsche Abrechnungen

Walter Theisl erzählt von den Anfängen seiner Funktion als Betriebsrat: „Als ich meine Funktion aufnahm, war im Unternehmen eine von zehn Abrechnungen der Mitarbeiter falsch. Nicht immer war die Firma Manpower daran schuld. Zum Teil lieferten Arbeitnehmer falsch ausgefüllte Wochenarbeitszettel ab oder wussten um ihre Rechte und Pflichten ganz einfach nicht Bescheid.“ Mangelhafte Information bei den Leiharbeitern ist also eines der Kernprobleme.

Schwarze Schafe

„Es gibt aber auch Leiharbeiterfirmen, die vorsätzlich viel zu wenig bezahlen oder ihre Mitarbeiter nach Beendigung einer Arbeitsüberlassung sofort auf die Straße setzen“, sagt Walter Theisl.

Ähnlich gelagert ein jüngerer Vorfall, über den Walter Theisl zu berichten weiß: Ein Mitarbeiter der international tätigen Firma Hofmann Personalleasing wurde mit 1. Jänner 07 zum Militärdienst einberufen. Eine Woche vor seinem Einrückungstermin fand er an seinem Platz einen Zettel „zum Unterschreiben“ vor. Es handelte sich um eine Vereinbarung zur „eivernehmlichen Lösung“ des Dienstverhältnisses. Zum Glück fragte der junge Mann bei Walter Theisl nach, bevor er unterschrieb, und konnte so verhindern, dass die Firma Hofmann sich die vorgeschriebene sechsmonatige Behaltefrist nach dem Militärdienst „sparte“.

Walter Theisl: „Wir als Betriebsrat kümmern uns dar-

um, dass die Interessen der Leiharbeiter gewahrt werden. Gibt es keinen Betriebsrat, müsste ein ungerechtfertigt gekündigter oder falsch entlohnter Leiharbeiter sich selbst an das Arbeitsgericht wenden, um sich sein Recht zu verschaffen.“ Ein Recht, das viele nicht nur nicht einfordern würden, sondern eben gar nicht kennen.

Leihfirmen und Betriebsräte

Warum hat Walter Theisl zusätzlich zur anstrengenden Nachtschicht die verantwortungsvolle Aufgabe als Betriebsrat übernommen? „Ich bin überzeugter Kommunist. Daher sehe ich es als meine Pflicht an, anderen, schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft zu helfen und zu verhindern, dass Arbeitnehmer von Unternehmern ausgebeutet werden“, erklärt Walter Theisl diese Entscheidung.

Bereits ab fünf Arbeitnehmern kann in Überlasserbetrieben ein Betriebsrat ge-

LEIHARBEIT – WÖRTERBUCH

Gesetzliche Regelung: Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG)

Kollektivvertrag für Leih-Arbeiter: KV für Arbeitskräfteüberlasser

Kollektivvertrag für Leih-Angestellte: KV für Gewerbe und Handwerk

Arbeitnehmer erhält bei Dienstantritt: Dienstvertrag und Überlassungsmitteilung

Löhne auszahlende Stelle: Leiharbeitsfirma (Überlasser)

Höhe der Entlohnung: Laut Kollektivvertrag

Urlaubs- und Weihnachtsgeld: Ja

Probezeit: 1 Monat (Kündigung jederzeit möglich)

Kündigungsfrist nach Probezeit: Zwei Wochen

Volle Entgeltfortzahlung bei Kündigung: Ja

Kündigung nach Ende einer Arbeitskräfteüberlassung: Frühestens am fünften Arbeitstag nach Überlassungsende möglich

Bei Beendigung der Überlassung unbedingt zu beachten: Arbeitnehmer muss sich am darauffolgenden Tag beim Überlasser melden, sonst droht Entlassung



er Segen?



Betriebsratsvorsitzender
Walter Theisl

wählt werden. Trotzdem gibt es laut Walter Theisl in den derzeit in Österreich bestehenden rund 1.450 Leihfirmen nur 12 oder 13 Betriebsräte! Woran liegt das?

Viele Leasingfirmen unternehmen so einiges, um die Gründung eines Betriebsrates zu verhindern bzw. eigene, „unternehmenskonforme“ Kandidaten einzusetzen. „Mir ist zum Beispiel der Fall einer Leasingfirma bekannt, die am Tag der Wahlen des Betriebsrates extra 40 Studenten anwarb, nur, um einen von ihr eingesetzten Kandidaten wählen zu lassen. Als dieser Versuch knapp scheiterte, gab die Unternehmensführung jedoch noch immer nicht auf, sondern verkaufte die Filiale, in der die unerwünschten Betriebsräte beschäftigt waren, um diese loszuwerden, mit der Absicht, die Filiale anschließend wieder zurückzukaufen. Zum Glück wurde dieser Fall aufgedeckt“, erzählt Walter Theisl.

Ist erst einmal ein Betriebsrat eingesetzt, wird er manchmal schikaniert oder bei seiner Arbeit behindert. „Ich kenne da das Beispiel eines Unternehmens in der Leiharbeiterbranche mit Sitz in Klagenfurt. Dieses musste bereits zweimal verklagt

werden, weil man dem Betriebsrat den Zugriff auf die Dateien der Mitarbeiter verweigert hatte. Der Hohn dabei: Bei dieser Firma handelt es sich um ein öffentliches Unternehmen im Eigentum von Land Kärnten, Stadt Klagenfurt und ÖGB.“

Leiharbeitermarkt boomt

Auf die Frage, warum Unternehmen auf Leiharbeiter zurückgreifen, antwortet Walter Theisl: „Die meisten Leasingarbeiter sind dauerhaft an einen Kunden verliehen. Die Firmen versprechen sich ganz einfach steuerliche Vorteile.“ So werden Sekretäre schon einmal als „Bürobedarf“ abgeschrieben. Die Auswahl der Mitarbeiter erfolgt bereits durch die Leasingfirma. Außerdem geht das Unternehmen kein Risiko ein, wenn der Leiharbeiter krank wird. Selbst wenn der Mitarbeiter länger im Krankenstand ist, verursacht dies dem Beschäftigten keine zusätzlichen Kosten.

Problem der „neuen Selbständigen“

Die Unternehmen haben also einige Vorteile, wenn sie auf Leiharbeiter zurückgreifen. Doch vielen ist das nicht genug. Um noch billiger wegzukommen, beschäftigen einige Unternehmen ihre Mitarbeiter als „neue Selbständige“. „Es hat nichts mit selbständigem Unternehmertum zu tun, wenn Regalbetreuer im Supermarkt auf Werkvertragsbasis beschäftigt werden!“, warnt Walter Theisl eindringlich vor dieser neuen Beschäftigungsform. Denn: Der Arbeitnehmer muss sich nicht nur selbst um die Kranken- und Pensionsversicherung kümmern, für ihn gilt

MEINUNG

Länger arbeiten für weniger Geld Dafür haben wir die SPÖ nicht gebraucht



Die SPÖ hat im Regierungsübereinkommen dem Druck der Großkonzerne auf die Flexibilisierung der Arbeitszeit voll und ganz nachgegeben. Was ÖVP und FPÖ/BZÖ im Zeichen der „sozialen Kälte“ nicht geschafft haben, gelingt jetzt einem Gusenbauer. Die so genannte Flexibilisierung der Arbeitszeit wird nämlich entscheidend ausgeweitet.

So werden keine Arbeitsplätze geschaffen. Jene Menschen, die noch eine Arbeit haben, sollen nämlich noch länger arbeiten und weniger dafür bezahlt bekommen. Dafür haben wir mit Sicherheit keine SPÖ-geführte Regierung gebraucht.

Das steht im Regierungsabkommen:

- Generelle Ermächtigung an den Kollektivvertrag, die tägliche Normalarbeitszeit auf bis zu 10 Stunden anzuheben,
- 12-Stunden-Schichten durch

Kollektivvertrag bei arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit.

- Flexibilisierung der Lage der Wochenendruhe im Schichtbetrieb.
- Anhebung der täglichen Normalarbeitszeitgrenze bei Gleitzeit auf 10 Stunden.
- Anhebung der täglichen und wöchentlichen Höchst-arbeitszeitgrenzen (12/60) durch Ausweitung der bestehenden Regelung des § 7 Abs 4 AZG;
- Öffnung auch für schriftliche Einzelvereinbarungen in Betrieben ohne Betriebsrat bei arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit.

Ich kann gut verstehen, dass auch SPÖ-Spitzengewerkschafter zornig werden, wenn sie diese Punkte zu Gesicht bekommen. Das ist eine Regierungserklärung im Namen des Großkapitals, sonst nichts.

Peter Scherz ist Arbeiterbetriebsrat bei Magna und AK-Rat des GLB

auch keinerlei Kollektivvertrag, es gibt weder geregelte Arbeitszeiten noch geregelte Entlohnung, und keine Gewerkschaft vertritt seine Interessen. Verliert er seinen Job, ist er auch nicht arbeitslosenversichert!

Und wohin geht der Trend?

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Personalleasing für den Arbeitnehmer eine akzeptable Beschäftigungsform ist, wenn der Arbeitgeber ein seriöses Unternehmen am „Arbeitskräftemarkt“ ist, das sich an die gesetzlichen Bestimmun-

gen hält. Vor allem große Unternehmen werden in Zukunft verstärkt auf Leiharbeiter zurückgreifen, um durch diese Form von „Outsourcing“ Kosten zu sparen. Wer jung, gesund und flexibel ist, wird mit dieser Beschäftigungsform auch gutes Geld verdienen können. Durch die zunehmende Standardisierung und Anonymisierung drohen allerdings all diejenigen, die vorgegebenen Normen nicht in allen Punkten entsprechen, am Arbeitsmarkt noch leichter durch den Rost zu fallen als bisher.

**WARUM NICHT WEITER
ANALOG FERNSEHEN?**

Wie berichtet, stellt der ORF auf sein digitales Programm um, das nur mehr mit Hilfe eines „dVB-t-Tuners“ empfangen werden kann. Die Umstellphase läuft bis Ende März, dann wird das alte, analoge Signal abgeschaltet und nur noch die digitale Schiene gefahren. Österreich ist damit ultrastreng beim Vollziehen der EU-Vorgaben, welche das digitale Fernsehen verlangen.

Warum kann der ORF nicht weiter sein Programm auch analog ausstrahlen? Das wäre ein Service, das eines öffentlich-rechtlichen Senders würdig und den ORF-Gebührendzahlern Kosten ersparen würde..



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag

Geheimhaltung. Landesförderungen unterliegen in der Steiermark der Geheimhaltung. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern darf niemand wissen, wieviel wer bekommt. KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger: „Wenn jemand öffentliches Geld in Anspruch nehmen möchte, sollte er auch kein Problem mit einer Offenlegung der Förderung haben.“ SPÖ und ÖVP verweigern dieser Forderung die Zustimmung.

PKW Maut. Kaltenegger kritisierte eine mögliche PKW Maut: „Den Pendlerinnen und Pendlern wird es egal sein, in welcher Form sie gerupft werden. Ob eine höhere Mineralölsteuer oder eine PKW-Maut, beides belastet jene, die nicht zu den Großverdienern gehören.“ Dagegen wird das LKW-Transportaufkommen damit mit staatlicher Förderung noch weiter gesteigert.

LANDESMUSEUM JOANNEUM

Ein Schuss nach hinten

Schuss nach hinten: Der Landtag pochte auf mehr Geld für Aufpasser im Joanneum. Stattdessen sperrt das Haupthaus zu und Vigilanten werden eingespart. Joanneum argumentiert mit Geldmangel.

Stolz präsentierte Kulturreferent Kurt Flecker die Umbaupläne für das Joanneum-Haupthaus in der Raubergasse: Um rund 48 Millionen Euro soll es bis 2011 auf einen internationalen Standard gebracht werden. Nun machte das Haupthaus mit Jahreswechsel dicht – ein Gutteil der Vigilanten, die als Aufpasser und Auskunft in den Sammlungen beschäftigt war, stehen auf der Straße.

Auf der einen Seite gibt es also 48 Millionen Euro – mehr als 600 Millionen Schilling –, auf der anderen Seite kann es sich das Joanneum angeblich nicht leisten, sei-

ne Vigilanten (die Aufsichtspersonen) mit 5,90 Euro pro Stunde zu bezahlen, wie das der Landtag gefordert hat.

„Bisher haben wir (rund 270 Vigilanten) 5,20 Euro pro Stunde verdient. Ich kam auf etwa 200 Euro pro Monat. Jetzt habe ich einen neuen Vertrag als geringfügig Beschäftigter bekommen, verdiene 52,70 Euro pro Monat und kann nur noch einen Tag arbeiten. Mehr Geld ist einfach nicht da, heißt es. Und muss froh sein, wenigstens das zu haben, denn viele haben gar keinen Job mehr“, erzählt ein Grazer Vigilant. Das Joanneum verfügt

ja noch über Zweigstellen in Stainz und Trautenfels.

Im Joanneum argumentiert man mit Zusatzkosten von mindestens 600.000 Euro, die man sich nicht leisten könne. Um aber eine „adäquate und sozial gerechte Entlohnung künftig zu gewährleisten“, werde man den internationalen Gepflogenheiten entsprechend den Aufsichts- und Führungsdienst an ein Sicherheitsunternehmen vergeben, dass an einen kollektivvertraglichen Stundensatz von 6,30 Euro gebunden sei. Und das könne ja auf die Vigilanten zurückgreifen. Oder auch nicht.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Graz - Elke Kahr
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91 oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-graz.at



Unter Druck: Das Aufpasser- und Führungspersonal im Joanneum



foto: Ulbl-Taschner

Große Enttäuschung bei den Studierenden: Studiengebühren werden nicht abgeschafft.

GUTE PLÄTZE HEISS BEGEHRT

Luxusgut Studentenheim

Sozial bedürftig – eine Floskel? In Studentenheimen schnappen begüterte Studierende immer öfter sozial bedürftigen gute Heimplätze weg.

VON MARIA HELENE KOLLER

Man sollte annehmen, Studentenheime seien vorwiegend für sozial bedürftige Studierende da, deren Eltern nicht genug für eine Wohnung verdienen. Das lässt sich auch aus so manchen Aufnahmeformularen entnehmen, in denen bei einigen Heimen nach der Vermögenslage der Eltern gefragt wird. In Wirklichkeit finden sich in manchen Heimen Studierende, die ganz und gar nicht sozial bedürftig sind.

Das wäre kein Problem, wenn nicht die „besseren“ Heimplätze so heiß begehrt wären. Vor allem für jedes Wintersemester gibt es in jenen Heimen, die einen dem-

entsprechend guten Ruf genießen, eine lange Warteliste. Da ist es etwa von Vorteil, wenn man einen Heimbewohner kennt. Jenen StudentInnen, die zu weit hinten auf der Warteliste stehen, bekommen keinen Platz, selbst wenn sie sozial bedürftig sind. Die „guten“ Heime sind rasch voll belegt.

Man hat dann noch die Möglichkeit, in ein Heim zu kommen, das keinen so guten Ruf besitzt, über eine schlechte Ausstattung verfügt (da schon älter und sehr abgenutzt), über Stockwerksküchen, in denen man lieber nicht so gerne kochen möchte, oder über Duschen,

die für mehrere Leute bestimmt sind.

Die Heimplatzvergabe ist also nicht unbedingt gerecht. Die neu umgebauten, gut ausgestatteten Heime achten eher nur auf ihre finanzielle Lage als auf die Bedürfnisse von ärmeren StudentInnen. Das zeigt sich auch an den ständig steigenden Benützungsentgelten. Man kann nur appellieren, dass die HeimträgerInnen ihre soziale Ader zeigen, diese Ungerechtigkeiten beseitigen und nicht so begüterten StudentInnen eine Chance auf einen ihnen zustehenden, ordentlichen Heimplatz geben.

Maria Helene Koller ist stellvertretende Heimsprecherin im VAÖ-StudentInnenheim und stellvertretende Vorsitzende des KSV Graz.

KOMMENTAR



Wer hat
uns verraten?

Die Sozialdemokraten haben wieder einmal bewiesen, dass sie sogar im Liegen noch umfallen können: Gusenbauer übernimmt sogar den unsäglichen Kampfbegriff der „Bummelstudenten“. Dabei müsste er sich selber an der Nase nehmen, hat er doch 18 Semester studiert und SP-Klubobmann Cap sogar 32!

Dass sich Studierende jetzt als Zivildienst-Ersatz freikaufen können, ist der Gipfel des Zynismus, müssen doch ohnehin schon 70 % der Studierenden arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren. Die Einführung der Studiengebühren brachte einen Rückgang von Studierenden aus Arbeiterfamilien, Zugangsbeschränkungen verschärfte die Situation noch einmal.

Der KSV fordert die ersatzlose Abschaffung der Studiengebühren, die Ausweitung von bestehenden Stipendienprogrammen, umfassende Unterstützungsleistungen (öffentlicher Verkehr, Wohnungsangebote, etc.) von der öffentlichen Hand, die Rücknahme des Universitätsgesetzes (UG 02), die Abschaffung der Zugangsbeschränkungen und eine Erhöhung der Budgets für die Unis.

Das kann nur erreicht werden, wenn sich Studierende, Lehrende und Universitätsbedienstete zu einem breiten Bündnis zusammenschließen. Wahlpolitisch garantiert nur ein starker KSV an den Unis, dass die Interessen der Studierenden konsequent und nicht nur in Worten vertreten werden.

Hanno Wisiak (KSV – Kommunistischer StudentInnenverband)

PREISE STEIGEN SCHNELLER ALS GEHÄLTER

Löhne sinken, Arme werden ärmer

Rechnungshof belegt: Arme werden ärmer, Reiche reicher, Frauen verdienen weniger als Männer. Reale Einkommen sinken.

Die Einkommen in Österreich sinken, hat der Bundesrechnungshof herausgefunden. Wenn Sie nun meinen, das stimmt nicht, weil Sie auf ihrem Lohnzettel Jahr für Jahr höhere Summen vorfinden: diese Steigerung hat die Inflation längst geschluckt. Weil alles teurer wird – vor allem die Energiepreise – bleibt den Österreichern unterm Strich immer weniger übrig.

Der Bericht des Rechnungshofs zeigt viele Unrühmlichkeiten: Die Situation der schlechter Verdienenden wird schlechter, jene der besser Verdienenden besser – ungerecht, aber wahr. Eine Million Arbeiter oder An-

gestellte der untersten Einkommensgruppe mussten sich 2005 mit realen Verlusten beim Einkommen abfinden. Im Durchschnitt verdiente der Österreicher 2005 rund 21.600 Euro brutto, die Durchschnittspension lag bei 14.598 Euro, wobei die höheren Beamtenpensionen nicht berücksichtigt sind.

Der Rechnungshof weist auch auf die ungerechten Verhältnisse zwischen den Einkommen von Männern und Frauen hin; Frauen bekommen im Schnitt nur zwei Drittel des Männereinkommens.

Spitzenverdiener sind übrigens männliche Fachärzte mit 180.000 Euro brutto.

Leere Geldtaschen: Die Inflation frisst die Pensions- und Gehaltserhöhungen auf.

www.bigshot.at



KOMMENTAR

Ungerecht

Frauen sind in der Arbeitswelt nach wie vor extrem benachteiligt, wie zuletzt der Rechnungshof belegte, indem er die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen untersucht hat.

Frauen erreichen im Schnitt nur 60 % des mittleren Männereinkommens. Gleichzeitig ist die Frauenarbeitslosigkeit im letzten Jahr im Vergleich zur Arbeitslosigkeit bei Männern um das Achtfache gestiegen. Dadurch kommen viele Probleme auf Frauen zu, da die Chance, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, gering ist.

Arbeitslose Frauen sind auch massiv bei Arbeitslo-

sen- und Notstandshilfe benachteiligt. Frauen bekommen um 25% weniger Arbeitslosengeld und um 29% weniger Notstandshilfe als Männer. Viele Frauen werden durch Arbeitslosigkeit und prekäre Dienstverhältnisse in die Armut gedrängt. Frauen, die nach einer Scheidung auf sich allein gestellt sind und zu geringe Erwerbszeiten vorweisen, haben nicht einmal einen Pensionsanspruch und sind „lebenslang“ von der Sozialhilfe abhängig. Viele Mängel also, die auf Korrekturen warten.

sen- und Notstandshilfe benachteiligt. Frauen bekommen um 25% weniger Arbeitslosengeld und um 29% weniger Notstandshilfe als Männer. Viele Frauen werden durch Arbeitslosigkeit und prekäre Dienstverhältnisse in die Armut gedrängt. Frauen, die nach einer Scheidung auf sich allein gestellt sind und zu geringe Erwerbszeiten vorweisen, haben nicht einmal einen Pensionsanspruch und sind „lebenslang“ von der Sozialhilfe abhängig. Viele Mängel also, die auf Korrekturen warten.



KPÖ-Frauen-sprecherin Ulrike Taberhofer

Nur 1,6% Pensionserhöhung: Kein Grund zum Jubel

Die Pensionserhöhung 2007 ist kein Grund zum Jubeln. Allen Protesten zum Trotz geht man nicht über die von der ÖVP/BZÖ-Regierung vorgeschlagenen 1,6 % hinaus. Lediglich die Einmalzahlungen werden etwas gerechter verteilt.

Was von SPÖ und ÖVP gefeiert wird, trägt langfristig zu einem weiteren Sinken des Lebensstandards für viele SeniorInnen bei. Für viele ältere Menschen ist es jetzt schon sehr schwer, mit dem Geld auszukommen. Die besonderen Belastungen der Seniorenhaushalte durch die Teuerung bei Miete, Grund-

nahrungsmitteln, beim Heizen und beim Wohnen bleiben Tatsachen.

Die nun beschlossene Anpassung führt spätestens 2008 zu einem realen Einkommensverlust. Und das, obwohl die Pensionen schon in den vergangenen Jahren massiv an Kaufkraft verloren haben.

Jene, die im Jahr 2000 die Durchschnittspension von 800 Euro bezogen haben, kommen 2006 auf 860,66 Euro. Davon bleiben netto 818,06 Euro übrig. Um die Kaufkraft aus dem Jahr 2000 zu behalten, müssten sie aber 879,08 Euro bekommen!



Teurer Euro: Auch die Wohnungspreise schossen in die Höhe.
Foto: Silva photOart

EURO – TEURO

5 Jahre Nachteile

So praktisch die EU-Einheitswährung beim Reisen ist, so sehr stößt man sich am „Teuro“. Um bis zu 30 Prozent wurden die Waren in der Eurozone teurer.

Der Euro hat den großen Unternehmen und den Banken genutzt. Für die Masse der Bevölkerung hat die neue Einheitswährung nichts gebracht, so das Urteil der Europäer. Laut einer Eurobarometer-Umfrage ist nur noch knapp die Hälfte aller EU-Bürger (48 %) der Meinung, dass die Einheitswährung insgesamt Vorteile gebracht hat; 38 Prozent finden, die Nachteile überwiegen.

Damit hat der Euro ein neues Beliebtheitstief erreicht. Im September 2002 hielten nämlich noch 59 Pro-

zent die gemeinsame Währung für eine gute Sache.

81 Prozent sind der Ansicht, dass die Preissteigerungen zu Lasten der neuen Währung gehen. Sie sagen: „Alles, was früher zehn Schilling gekostet hat, kostet jetzt einen Euro.“

Und das ist nicht eingebildet: Der tägliche oder wöchentliche Einkauf wurde mit dem Euro empfindlich teurer. Die wahrgenommene Teuerung ist gleich viermal so hoch wie die amtlich gemessene Inflation. Denn die Statistik gibt auch den Preisverfall vieler langlebiger Güter wieder. Ein modernes, günstiges Handy kann man aber nicht essen, wenn das Brot teurer wird.

Ein Professor für Statistik an der Uni Freiburg in der Schweiz hat erstmals die „gefühlte Inflation“ ermit-

telt. Er untersuchte, warum die Wahrnehmung der Konsumenten so stark von den amtlich gemessenen Teuerungsraten abweicht. Die wichtigsten Gründe: Das Preisgefühl hängt von der Kaufhäufigkeit bestimmter Produkte ab. Das heißt, man merkt sich gut, wie viel der tägliche Einkauf, das Bier, der Große Braune im Lokal kosten. Eben diese Produkte wurden empfindlich teurer. Dank dem „Teuro“ um bis zu 30 Prozent.

Jetzt hat Slowenien den Euro bekommen. Wie bei uns wird auch dort alles teurer, wie wir stets kritisiert haben. Unsere Kritik teilen inzwischen viele. Die Mächtigen in der EU machen aber weiter. Ihnen sind die Sorgen der Mehrheit egal – sie wollen immer mehr Profit auf immer neuen Märkten.

Zukunft von Bim und Bus: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!



Wie kann der öffentliche Verkehr künftig finanziert werden? Sagen sie uns Ihre Meinung!

Umfrage zum öffentlichen Verkehr:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Wie kann die Zukunft des öffentlichen Verkehrs in Graz aussehen? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Die GVB wird privatisiert, Linien eingestellt, die Fahrpreise erhöht.
- 2.) Jeder Grazer zahlt 120 Euro pro Jahr, damit Bus und Bim fahren können.
- 3.) Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen finanziert Bus und Bim.

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL) _____



An das

GRAZER
Stadtblatt

KPÖ-Elke Kahr
Lagergasse 98a
8020 Graz

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91 oder
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Fax: 0316 / 71 62 91

GASTKOMMENTAR:

Kovac-Halle oder das Ende der Lebensqualität in Puntigam

Kovac Stahl hat südlich des Zentralfriedhofs zwischen Alter Poststraße und Zeppelinstraße eine Riesenhalle in der Größe dreier Fussballfelder (ca. 26.000 m²) geplant. Die Halle soll bis zu 18 m hoch sein, der Abstand zu den angrenzenden Häusern ist minimal. Kurios ist, dass auf Grund der Einflugschneise Thalerhof unsere Häuser aber nur 9,5 m hoch sein dürfen...

Die Häuser der Nachbarn werden im Winter überhaupt kein Sonnenlicht haben und im Sommer nur kurzfristig. Das bedeutet täglich bis zu 3° Celsius Mehrbeheizung und keine Lebensqualität im Sommer. Nicht einmal Park-

che werden Verkehr, Verkehrslärm sowie Feinstaubwerte explodieren und die Lebensqualität des Wohnviertels endgültig vernichten.

Deshalb hat die Stadtgemeinde, die in kurzfristigem Entgegenkommen für den Unternehmer das Areal von Wohnen Allgemein in Industriezone I umgewidmet hat, die Bremse gezogen und der Firma Kovac an der Mur mit Anbindung an die Bahn ein sogar höherwertiges Areal zum Tausch angeboten.

Sollte Kovac nicht zustimmen, hat der erweiterte Vereinsvorstand einstimmig beschlossen, an zwei empfindlichen Stellen den Verkehr zu blockieren, um auf das Ende unserer Geduld hinzuweisen.



plätze sind für die 150 Mitarbeiter geplant. Diese werden die umliegenden Straßen besetzen und Autos der Bewohner, Anrainer und Mieter verdrängen.

Was aber will Kovac in dieser Monsterhalle produzieren? Er will „Eisen bearbeiten“ und „verkaufen“ – und das von 0 bis 24 Uhr täglich. Kovac will all seine Tätigkeiten hier zusammenziehen. Wer wissen will, was das heißt, muss nur in die Kovac-Halle in Gösting oder an der Raiffeisenstraße – die bereits verkauft ist – blicken, um zu ahnen, was auf unser Wohngebiet zukommt. Hunderte Schwertransporter werden täglich durch die Alte Poststraße und die Hans-Groß-Gasse donnern. Kleinere Transporter werden sich durch die Zeppelinstraße und Plachelhofstraße mühen, denn auch hier sind Einfahrten geplant; das ist aus den uns vorliegenden Einreichplänen ersichtlich. Zusätzlich zu den bisherigen Verkehrsgiganten (Spedition Weiss und Schenker, Neckermann, Cineplexx, Pipelife und Feuerwa-

Außerdem haben Vereinsmitglieder bisher die Fa. Kovac mehrfach angezeigt wegen Arbeiten bei offenen Toren und Fenstern, Be- und Entladen von Transportern mitten und verkehrgefährdend auf der Straße bei dichtem Verkehr, Nichträumung des Schnees, nicht genehmigtes Fällen von Bäumen. So läuft auch jetzt ein gewerberechtliches Strafverfahren gegen Kovac Stahl, zu welchem Vereinsmitglieder als Zeugen geladen sind.

Den Stadtvätern empfehlen wir dringend, den Schaden wieder gutzumachen und nach erfolgtem Grundtausch das Areal wieder in Wohngebiet zurückzuwidmen. Und die Fa. Kovac Stahl muss wissen, dass sie in unserem Wohngebiet unter keinen Umständen mit einer derartigen Betriebsvorstellung künftig agieren können. Und uns allen könnte ein potentiell riesenschandmal, die „Monsterhalle im Wohngebiet“, erspart bleiben.

Mag. Franz Harzl
Vereinsobmann
„Lebensqualität PUNTIGAM“

KPÖ für Abschaffung der Rückersatzpflicht bei Sozialhilfe

Wer in der Steiermark Sozialhilfe bezieht, muss diese wieder zurückzahlen, sobald ein Einkommen vorliegt. Aber auch Verwandte in gerader Linie (Eltern, Kinder) werden zur Kasse gebeten. Die Abschaffung die-

ser Rückersatzpflicht würde das Land 2,5 Millionen Euro pro Jahr kosten und könnte kurzfristig finanziert werden. Künftig wird man sich aber auch Gedanken bezüglich des Rückersatzes bei der Altenpflege machen müssen.

Tücken rund ums Postkastl

Neue „Hausbrieffachanlagen“ sind eine Schikane für Kunden und Postler.

Bis 1. 7. 2009 muss jedes Mehrparteienhaus über die neue Hausbrieffachanlage verfügen, um auch privaten Postdiensteanbietern den gleichen Zugang zu bieten wie der Post. Das bringt mehr Nach- als Vorteile: Laut EU-Vorschrift müssen die neuen Postkästen täglich von 6 bis 22 Uhr zugänglich sein. Für Objekte ohne Begehsschloss heißt das, dass der Hausbesorger immer zum Aufsperrn zur Stelle sein muss oder dass die Haustüre stets unversperrt bleibt; was eher der Fall sein dürfte. „Damit wird Einbrechern Tür und Tor geöffnet“, ärgert sich KPÖ-Gemeinderat Hubert Reiter.

Auch gegen unerwünschte Postwurfsendungen wird man künftig machtlos sein, denn jeder kann den Einwurfschlitz bedienen. Wichtige Benachrichtigungen drohen in Papierfluten zu versinken. Mitarbeiter der Post stöhnen über die schwere Bedienbarkeit der neuen Postkästen und die mangelnde Kundenfreundlichkeit.

„Konnte die Post bisher kundenorientiert arbeiten, zum Beispiel Vermerke über Nachsendeaufträge oder Urlaub ihrer Kunden anbringen, wird dies bei den neuen Briefkästen nicht mehr möglich sein“, warnt Gemeinde-



90 Briefkästen hat die Post unlängst abmontiert. KPÖ Gemeinderat Hubert Reiter kritisiert das: „Nahversorgung im Briefwesen ist wichtig!“



rat Hubert Reiter. Die Alternative: neue Kästen anbringen und die alten trotzdem hängen lassen.

„Die Post nimmt allen was“

Kurz vor Weihnachten wurde ohne weitere Vorwarnung 90 der rund 240 Briefkästen im Großraum Graz entfernt. „Hat man mit der Schließung der Postämter begonnen, geht es im Nahversorgungsbereich nun munter mit der Demontage der Briefkästen weiter. Damit nimmt sich die Post allerdings selbst den Zugang zum Kunden“, so Hubert Reiter verständnislos.

Eine Pionierleistung ihrer Zeit: Die Südbahn

VON GERHARD M. DIENES

Seit 1857 verbindet die Südbahn die k.u.k.-Metropole Wien mit Graz oder Triest und sorgte für ein Aufleben am Schienenstrang.

Sie galt als eine der großen Pionierleistungen ihrer Zeit und allein schon ihr Name lockte in die Ferne: die Südbahn. Seit 1857 verband sie von Wien über den Semmering, Graz, Maribor/Marburg und Ljubljana/Laibach nach Triest/Trieste führend den Donauraum mit der Adria.

Als frühe Meridionale markierte sie den Beginn der mitteleuropäischen Moderne, den Übergang von der Agrar zur Industriegesellschaft. Die Südbahn ließ die Handelsumsätze steigen, gab den von ihr tangierten Regionen ökonomische Impulse und beeinflusste die Entwicklung Triests zu einem Hafen, der sich mit Antwerpen oder Hamburg messen konnte.

Mit der Strecke über den Semmering erklimmte die Südbahn bislang unerreichte Höhen. Ihr Planer, Carl von Ghega, schuf hier eine neue Art von Kulturlandschaft, die 1998 in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommen wurde. Der Venezianer Ghega möblierte die Landschaft mit steinernen Brücken, die an die römische Antike erinnern und für die Ewigkeit errichtet zu sein scheinen. Die Südbahn erweckte den Eindruck imperialer Größe und bot landschaftliche Variationen und Besonderheiten ersten Ranges: das alpine Aushängeschild Semmering, Hügel- und Flachlandbereiche mit Wein- und Thermenregionen, Talengen und Moore, den Karst, der in seiner Erstarrtheit den rhythmischen Gegensatz „zu der wogenden Masse des klippenanspringenden Blaumeeres“ bildet (Ernst Decsey), das adriatische Küstenland, barocke

Zwiebeltürme und mediterrane Campanili, die Holzhütten der Sennen und die Casoni der Fischer in den Lagunen, wehrhafte Felsburgen und Märchenschlösser am Meer, Tannen und Agaven, Fichten und Zypressen, Lärchen und Pinien.

Das machte sie zur Tourismusader, frequentiert von den Größen des Fin de Siècle und beschrieben von Schriftstellern wie Joseph Roth, France Prešeren, Peter Rosegger, Heimito von Doderer, Henrik Ibsen, James Joyce oder Italo Svevo.

Von 1915 bis 1918 Nachschublinie für die Isonzofront, wurde die Südbahn nach dem Ersten Weltkrieg auf Österreich, Jugoslawien und Italien aufgeteilt. Sie

verlor ihre mitteleuropäische Funktion. Ihr Name ging auf die Strecke Wien – Semmering – Bruck/Mur – Klagenfurt – Villach – Tarvisio/Tarvis – Udine über.

Die geopolitische Situation nach 1945 verstärkte, vor allem für die Steiermark, das verkehrs-

politische Abseits der Strecke. Die Verbindung Graz/Puntigam – jugoslawische Staatsgrenze wurde auf ein Gleis reduziert, Forderungen nach dem Bau des Semmering-Basistunnels blieben bis dato erfolglos und Graz steht am Abstellgleis, so die Kritiker.

Heute, obwohl wieder frei von Grenzen, verkehren auf der Südbahn keine direkten Züge zwischen Wien und Triest mehr. Der Adria-

fen liegt von Wien aus gesehen außerhalb der Welt und wer von Triest mit der Bahn „die

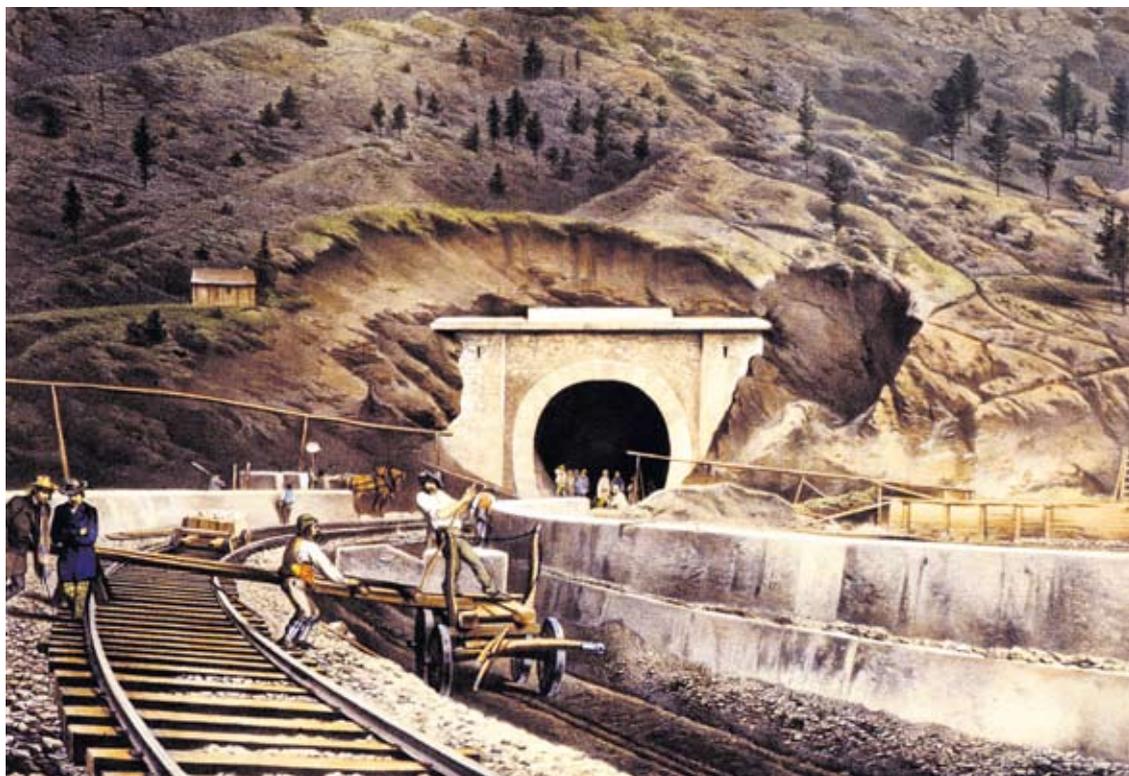
„Die Strecke wandte sich immer wieder. Es war, als stiege man über eine gewundene Treppe zum Dach eines Gebäudes empor.“

H. VON DODERER in „Die Wasserfälle von Slunj“

historischen Wege nach Wien hinauf sucht, muß sich gedulden, muß manches auf sich nehmen.“ (Thomas Rietzschel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 10. 2000).

Ist die Südbahn nur mehr das „Rückgrat einer Sehnsucht“, die „zur Mitte des 19. Jahrhunderts geboren wurde“ (Ernst Molden), werden jene Streckenpläne durch Westungarn realisiert, die am Anfang der Südbahnidee standen, oder wird die „alte“ Südbahn zu einer Zukunftsschiene im neuen Europa?

Das Jubiläumjahr sollte Anlass sein, nicht nur für nostalgische Rück-, sondern auch für innovative Ausblicke.



Faszination Semmeringbahn, Katalog zur Ausstellung des Technischen Museums Wien und Marktgemeinde Reichenau an der Rax, 2004. Farblithografie von Emerich Benkert, um 1854. Schienenverlegung Semmering.



JAKOMINI

Im Rampenlicht

Die Lebensqualität um die südliche Conrad-von-Hötzendorfstraße nimmt weiter ab. Die Pappelallee ist gefallen, mit dem Bau des Mineralöltanklagers der Fa. Roth kam eine Wand, hinter der Hochleistungsscheinwerfer nicht nur das Gelände, sondern auch die Häuser bis in die Jauerburggasse beleuchten.



stellungsverfahren eingeleitet.

Messe-Bogen

Der Antrag der KPÖ im Bezirksrat Jakomini, den Messe-Bogen am südlichen Ende der Klosterwiesgasse unter Denkmalschutz zu stellen, zeigt einen ersten Erfolg. Der Landeskonservatorrat für Steiermark hat bereits ein behördliches Unterschutz-

Messe-Schlössl

„Da nun die Grazer Wechelseite kein Kaufinteresse mehr am östlichen Messeareal zeigt, bietet sich eine neue Chance, dieses Areal nach den Bedürfnissen der BewohnerInnen neu zu gestalten und nicht nach den In-

teressen von Bauspekulanten“, so BV. Stv. Herbert Wippel zuversichtlich. Außerdem gibt es einen Vertrag aus dem Jahre 1911, der besagt, dass die Stadt Graz das Moserhof-Schlössl samt Umgebung „vor der Privatverbauung zu bewahren und diese Grundteile im Interesse des öffentlichen Wohles dauernd unverbaut zu erhalten habe“. Es dürfe nicht sein, dass Verträge der Stadt selbst nach langen Jahren nichts mehr wert sein sollen!



PUNTIGAM

Friedenslichtlauf

Derzeit bewohnen rund dreißig Flüchtlinge aus 12 Nationen das im vergangenen Jahr eröffnete Flüchtlingsquartier in der Mitterstraße 47. Am 21. Dezember 2006 veranstaltete die Caritas einen Friedenslichtlauf mit jugendlichen Asylwerbern und anderen Laufbegeisterten. Wer wollte, konnte das Frie-

denslicht zu sich nach Hause holen. KPÖ-Bezirksrätin Roswitha Koch, freut sich darüber, dass nach den anfänglichen Widerständen gegen das Asylantenheim in der Mitterstraße nun Frieden eingeleitet ist.



INNERE STADT

ECE

Der Bezirksrat Innere Stadt will prüfen lassen, ob der Bau des Einkaufszentrums ECE beim Bahnhof negative Auswirkungen auf das Geschäftsleben in der Inneren Stadt hat. In Kontakten mit der Wirtschaftskammer und Gewerbetreibenden soll ein

Meinungsbild darüber erhoben werden. KPÖ-Bezirksvorsteher Franz Stephan Parteder begrüßt dies als Schritt in die richtige Richtung.



GRIES

Danke-schön!

Ein herzliches Dankeschön sagt BV-StV Inge Arzon (KPÖ) den Mitarbeitern der Wirtschaftsbetriebe, die gleich zu den Feiertagen die verunreinigten Straßen, Gehsteige und Parkanlagen des Bezirkes gereinigt haben.



bauungsplan vom 8. 1. bis 23. 2. 2007 im Stadtplanungsamt, Europaplatz 20, 6. Stock zur Einsicht auf. „Gerade in Hinblick auf die Verkehrsentwicklung am Gürtel und den umliegenden Straßen sollten sich die Bezirksbewohner diesen Plan unbedingt ansehen“, meint KPÖ-Bezirksrat Johann Merkus, „denn immerhin wird von

ANDRITZ

Hochwasser

Bei den Hochwasser-schutzmaßnahmen am Schöckelbach auf Höhe Geißlergasse 30 ist vorgesehen, das Bachbett in Richtung Geißlergasse zu verbreitern. Dafür müsste viel zerstört werden, was eben erst gerichtet worden ist. Des-



halb wehrt sich der Andritzer Bezirksrat vehement. Auch KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer findet diese Wasserschutzmaßnahmen nicht sinnvoll. „Es gäbe sicher auf der gegenüberliegenden Bachseite eine andere Lösung. Irrsinn ist es, etwas neu Errichtetes gleich wieder aufzureißen“, so Gerti Schloffer.

RIES

Riesschule

Die Schließung der Volksschule Ries wurde mit einer Studie des Landes-schulrates „untermauert“, dass der Bedarf nicht mehr gegeben sei. Die Ankündigung, dass dort eine Montessori-Privatschule wieder aufsperrt, ist für die Eltern ein Schlag ins Gesicht. Beim Landesschulrat weiß man angeblich schon um die Pläne. Noch

gebe es kein Verfahren, eine Schule wäre dort aber „wünschenswert“. „Mit der Wiedereröffnung als Privatschule müsste man die damalige Prognose als groben Schwindel bezeichnen“, ärgert sich KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch. „Nun können Eltern ihre Kinder vermutlich bald wieder in die gewohnte Schule schicken – vorausgesetzt, sie zahlen dafür.“



Citypark-Ausbau

Für den geplanten Ausbau des Cityparks liegt ein Entwurf für einen Be-



einer Ausweitung der Verkaufs- und Parkflächen um mindestens 12 % ausgegangen.“

KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

STRASSGANG

Mega-Wohnbau ohne Verkehrskonzept

Im Riesen-Wohnbauprojekt zwischen Martinhofstraße und Straßgangerstraße mit geplanten 650 Wohnungen konnte die KPÖ-Fraktion erreichen, dass dem Bebauungsplan im Gemeinderat erst zugestimmt wird, wenn die Finanzierung der notwendigen Verkehrsmaßnahmen

durch Stadt und Land gesichert ist, freut sich Klubobmann Sepp Schmalhardt. Immerhin sind mindestens 1000 Autos täglich mehr zu erwarten. Der Bebauungsplan wurde zurückgezogen und kann erst bei Vorliegen entsprechender Verträge wieder vorgelegt werden.



LIEBENAU

Kostbares Wasser

In Liebenau sind viele Haushalte noch nicht an das öffentliche Netz angeschlossen. In letzter Zeit lassen Qualität und Zuverlässigkeit der Hausbrunnen immer mehr zu wünschen übrig; oft ist das Brunnenwasser als nicht mehr „genusstauglich“ eingestuft. Allerdings sind die Anschlusskosten ans öffentliche Netz sehr hoch. Bezirksvorsteher-Stellvertreter Max Korp (KPÖ): „Jeder sollte sich den Zugang zu gesundem Wasser leisten können.“

KPÖ-Gemeinderat Sepp Schmalhardt kritisiert: „Während Gesamtprojekte für ganze Straßenzüge von der öffentlichen Hand gefördert werden, gibt es keine Regelung für Einzelschlüsse. Durch Umwelteinflüsse entsprechen immer mehr Hausbrunnen plötzlich nicht mehr den hygienischen Vorschriften oder trocknen aus.“ Er fordert für solche Fälle daher eine Förderung der Wasser-Anschlusskosten durch Stadt und Land.



GÖSTING

Aufgeig'n

Bereits zum vierten Mal fand in Gösting das Neujahrs-Aufgeig'n statt. Dabei zogen Bezirksvorsteher Michael Ehmann und Bezirksvorsteher Stv. Gerhard Strohriegl (KPÖ) am 30. Dezember, gemeinsam mit den „Geisthalern“ aus, um den Göstinger Bürgern ein Gutes Neues Jahr zu wünschen. Die Aktion wurde begeistert aufgenommen.

Unmut

Auf großen Unmut bei Bevölkerung und Bibliothekaren sto-



ßen die neuen Öffnungszeiten der Bezirksbibliothek in der Wienerstraße. Die Bibliothek ist dienstags und donnerstags erst ab 11.00 Uhr geöffnet. „Die meisten Leser sind ja früher auf den Beinen, um ihre Besorgungen zu erledigen. Um elf wollen sie schon wieder zu Hause sein, um das Mittagessen zuzubereiten“, ärgert sich BV-Stv Gerhard Strohriegl (KPÖ) über die mangelnde Kundenfreundlichkeit.

ANDRITZ



Protest gegen Einfahrtsgebühr Sturzgasse: Einmal Hüh, einmal Hott bei SPÖ und ÖVP

Andritz. Dass Bezirkspolitiker anders denken als Gemeindepolitiker, zeigte die Bezirksratssitzung in Andritz am 30. 11. 06. SPÖ wie auch ÖVP stellten jeweils einen Antrag, den Beschluss, ab Anfang Juni in der Sturzgasse eine Einfahrtsgebühr von 4 Euro einzuheben, wieder rückgängig zu machen.

„Erstauulich, denn SPÖ wie auch ÖVP haben diesen Beschluss im Gemeinderat unterstützt!“, bemerkt KPÖ-Gemein-

derätin Gerti Schloffer. Wie bekannt, stimmte die KPÖ angesichts der zu erwartenden Konsequenzen damals im Gemeinderat dagegen. „Anscheinend haben jetzt auch die Bezirkspolitiker von Rot und Schwarz erkannt, welche Folgen es mit sich bringt, wenn die Leute ihren Hausrat nicht mehr gratis entsorgen können und versuchen werden, ihren Müll auf unkonventionelle Art loszuwerden“, stellt KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer fest.

MARIATROST

MI:LD

Maßnahmen gegen den Verkehrslärm fordert die im Herbst gegründete, überparteiliche Bürgerinitiative „MI:LD – Mariatroster Initiative: Lebenswertes Dasein“. Auf Betreiben der MI:LD führte das Umweltamt im November Messungen durch, wonach der Lärm-Grenzwert regelmäßig um das 30fache überschritten wird.

Auf Anregung von MI:LD hat der Bezirksrat Mariatrost beschlossen, 2007 zu einer mobilen Geschwindigkeitsanzeige 1.500 Euro zuzuschießen. MI:LD plant eine Benefizveranstaltung mit Jörg-Martin Willnauer, um den Restbetrag aufzutreiben. Interessenten melden sich bei Dr. Elmar Ladstädter, 8043 Graz, Dr. Eckenerstr. 1, oder per e-mail an mi.ld@utanet.at.

LEND / GRIES

Nahverkehrs- knoten sofort!

„Mit einer Verkehrslösung beim Eggenberggürtel, Bahnhofgürtel und rund um den Hauptbahnhof können wir nicht bis 2015 warten. Die Verkehrsprobleme haben wir jetzt, und zwar ganz unabhängig davon, ob ein neues Einkaufszentrum gebaut wird oder nicht!“, warnt Gemeinderat Johann Slamanig. Vorrangig sei eine Lösung, die den Autoverkehr und den öffentlichen Schienenverkehr auch räumlich trennt. „Mit halbherzigen Zwischenlösungen verursachen wir nur eine Prolongierung des Problems und eine Erhöhung der endgültigen Kosten für ein Gesamtverkehrskonzept!“, betont der Verkehrssprecher der KPÖ-Graz.

KLEINANZEIGEN

Arbeit gesucht

Juristin und Mediatorin, 38 Jahre, langjährige Berufserfahrung, Englisch und Französisch in Wort und Schrift, fachliche und soziale Kompetenz vor allem in der direkten Interessensvertretung für Menschen. Anrufe bitte unter Tel. 0676 / 643 8864.

Grazer, fleißig, zuverlässig, strebsam, ausdauernd, flexibel, mit Top-Auftreten und kaufmännischer, handwerklicher, technischer und organisatorischer Berufserfahrung in vielen Bereichen sucht **langfristige Tätigkeit** egal welcher Art. Tel. 0664 / 94 96 429.

Buchhalterin, 45 Jahre, Buchhaltung bis Rohbilanz, langjährige Erfahrung, EDV-Kenntnisse, genau, verlässlich, sucht Stelle im Raum Graz; Tel.: 0316/283857

gesucht

Baby-Erstausrüstung dringend gesucht. (Kinderwagen, Gitterbett, Babybekleidung) Tel. 0650 / 451 5800.

Dringend: Waschmaschine und Einbaueherd für Familie gesucht. Anrufe bitte unter Tel. 0676 / 304 77 66.

abzugeben

Designer-Wohnzimmergarnitur mit 2 Fauteuils & Tisch, aus Teakholz, Stoffbezug beige-braun, wg. Übersiedlung günstig abzugeben. Anruf erbeten unter 0316/71 39 41, mittags oder abends. Frau Caresani, Florianigasse 3, 8020 Graz.

Haus gesucht

Familie mit zwei **Pflegekindern** (eines davon behindert) sucht Haus im Grünen, Raum Graz, mit GVB-Verbindung, langfristig, Tel. 0676 / 91 36 099



Viele Seniorinnen und Senioren wünschen sich zwar ab und zu einen Tapetenwechsel oder eine frisch ausgestaltete Wohnung, schrecken aber vor den hiermit verbundenen Arbeiten zurück.

Deshalb bieten wir Ihnen diese Arbeiten zu einem moderaten Preis an.

Zum Beispiel: verrücken von Möbeln, abhängen und verstauen von Bildern, Bücher, Geschirr u.s.w. Renovierten Räume werden von uns gereinigt und alles wieder auf seinen Platz gebracht. Wir sorgen dafür, dass eine Renovierung nicht zur Strapaze, sondern zu einem freudigen Ereignis wird!

Telefon: 0664/973 7340



Im Volkshaus, Lagergasse 98a
Tel. 0316 / 22 59 31



KINDERLAND Winterwoche in St. Radegund

18. bis 23. Februar 2007

in der Kinderlandvilla St. Radegund
Leistungen: Unterbringung, Vollpension, Betreuung durch ein qualifiziertes Team, Hin- und Rückreise, Bastelmaterialien vorhanden, Gondelfahrt auf den Schöckel, Faschingsdisco. Optional: Rodeln und andere Winteraktivitäten falls noch Schnee kommt, Reiten uvm.

Preis: 135 Euro

Information und Anmeldung:

0316 / 82 90 70

www.kinderland-steiermark.at



BUCHTIPP:



Manfred Mugrauer Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner

Manfred Mugrauer untersucht seinem Buch jene Phase in der Nachkriegsgeschichte Österreichs, in der die Kommunistische Partei Österreichs über den größten Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung verfügte: In der im April 1945 von den drei antifaschistischen Parteien gebildeten Provisorischen Regierung war die KPÖ drittelparitätlich mit drei Staatssekretären und zuletzt sieben UnterstaatssekretärInnen vertreten. Die Teilnahme der KPÖ an der Provisorischen Regierung entsprach ihrer im Exil entwickelten Wiederaufbaukonzeption und ihrem Selbstverständnis als künftig konstruktiv mitgestaltende „verantwortungsbewusste“ Staatspartei. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Wiederaufbaukonzepten im Jahre 1945 und deren Realisierungschancen vor dem Hintergrund internationaler und innenpolitischer Kräftekonstellationen.

ISBN: 978-3-7065-4142-8, 364 Seiten, EUR 38,00, E-Mail: Manfred.Mugrauer@reflex.at, www.klahrgesellschaft.at

Wiedereröffnung bei Verein Agape

Am 1. Februar nimmt der Verein AGAPE wieder seine Arbeit auf und eröffnet am neuen Standort, **Kaiser-Josef-Kai 40, 8010 Graz**, sein Vereinslokal. Der gemeinnützige Verein sammelt zugunsten kranker, behinderter und sozial benachteiligter Kinder und bietet Charity-Second-Hand.

Man verkauft gespendete, qualitativ hochwertige Damen, Herren und Kinderbekleidung zu sehr günstigen Preisen, wobei der Erlös den benachteiligten Kindern hilft. Der Verein bittet deshalb um Sachspenden, die laufend entgegen genommen werden. **Info unter Tel. 0664 / 84 04 381.**

Gespendete Waren werden auch abgeholt!



Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe Harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

Impressum: Grazer Stadtblatt, Zeitung der KPÖ, Lagergasse 98a, Graz, email: stadtblatt@kpoe-graz.at
Tel. 71 24 79, Fax 71 62 91
DVR: 0600008.
Gestaltung: dsw, Druck Styria.



Rat und Hilfe.
Mieter-Notruf
717108

www.kpoe-graz.at



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

Ruinöses Glücksspiel

„Ich wünsche Ihnen viel Kraft, um das durchzubringen... Ich hoffe, Sie haben noch sehr lange viel Energie, um vieles für die Armen in Österreich zu erarbeiten...“

Elfriede Proisinger,
Thondorf

„Die Glücksspiele gehören verboten“... Josef Sommerauer, 8045 Graz

„Verboten! Es gewinnen nur die Betreiber!“
Franz Wagner, 8020 Graz

„Es gibt schon zu viele Wettcafés“
Rosalia Taschner,
8020 Graz

Punks – mehr Fairness – bitte!

„Punks“ in Graz. Graz als Menschenrechtsstadt sollte auch für diese Menschen einen angemessenen Platz finden. Diese „aufmüpfigen“, „unproduktiven“ und optisch „nicht angepassten“ Menschen sind angeblich weder an öffentlichen Plätzen, noch an Wohnorten mit Nachbarschaft, und wie die letzten Diskussionen zeigen, nicht einmal an Orten, wo sie niemanden stören könnten, erwünscht – und trotzdem sind sie da. Auch wenn man durchaus über die Höhe der vorgeschlagenen Investitionen diskutieren kann, muss uns allen bewusst sein, dass Menschen, die in Gefängnisse und andere stationäre Einrichtungen abgeschoben werden, der Gesellschaft auch Geld kosten.

Forum politische Bildung Steiermark, Scheibengraf/Reichenauer

Steirerinnen im Widerstand

Vor kurzem fand in Graz im Stadtmuseum eine bemerkens-

werte Veranstaltung statt mit dem Thema „Die im Dunkeln sieht man nicht“ Steirerinnen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Zeitzeuginnen Maria Cäsar und Hermine Liska erzählten sehr berührend über das, was sie während der NS-Zeit erleiden mussten, weil sie nicht bereit waren sich dem Regime unterzuordnen. Es bleibt zu hoffen, dass das überwiegend junge Publikum bei dieser Veranstaltung motiviert wurde, im täglichen Leben mit Zivilcourage Unrecht gegenüberzutreten.

Ing. Harald Schober

Existenzminimum An alle Politiker!

Kleines Rechenbeispiel: Zum Beispiel bekommt ein Pensionist ab 1.01.2007 eine Mindestpension von 726 Euro. Wieviel bekommt er, wenn er nach dem § 103 des ASVG gepfändet wird? Pfändung 50% unter das Existenzminimum.

Wieviel bekommt er wenn er nach dem § 291 b (2) der Exekutionsordnung gepfändet wird? Pfändung 25% unter das Existenzminimum.

Wieviel ist dann das Existenzminimum? Die das betrifft sind keine Einzelfälle. Gehören nicht die Paragrafen geändert?

Mag. Willibald Fladerer

ich habe letztlich im Stadtblatt gelesen...

... dass im Bereich des Geidorfplatzes kein Kaffeehaus zu finden wäre. Alleine der Fotter wäre die paar Schritte in die Atemgasse wert. Damals hatte der Ernest Kaltenegger aber noch lange Haare und organisierte noch Fussballturniere, bei denen er die Kicker von „blue star“ in der Kantine suchen musste.

kurt strohmaier, 8052



LESUNG:
Heinz R. Unger
am 30. Jänner 2007
um 19.30 Uhr
im Reinerhof Gotische Halle
(Graz-Sackstraße 20)

ROM AUS DER NÄHE

Je näher man Rom kommt, desto kleiner wird es. Ganz aus der Ferne schien es unüberwindlich.

Monumente der Macht, eines über dem andern, Triumph auf Triumph, Rom auf Rom.

Ein Haufen verdaute Geschichte, übereinander geklotzte Stadt, wie das große Korallenriff: Leben auf Leben, Tod auf Tod. Ganz aus der Ferne schien Rom unüberwindlich. Je näher man Rom kommt, desto kleiner wird es.

Von unten betrachtet wirkt die Macht unbesiegt. Sie fängt an zu bröckeln, wenn du nur die Faust hebst.

HEINZ RUDOLF UNGER

geboren 1938 in Wien; früher Schriftsetzer, Werbetexter und Zeitungsredakteur; schließlich freier Schriftsteller, Lyriker und Dramatiker. Autor der „Proletenpassion“ für die »Schmetterlinge« (1976), Libretti, Hörspiele, Kinder- und Jugendbücher



Montag 22.1.2007, 20.30 Uhr

„The Mysterious Bluesmen“

Eschenlaube, Glacis 63, Tel.: 81 04 57

Am 22.1. geben die „Mysterious Bluesmen“ (Christian Masser, Gerhard Steinrück & Guido Ladinig) ein Gastspiel in der Eschenlaube, und nutzen die Gelegenheit, um ihr aktuelles Programm vorzustellen. Freunde des Blues werden auf ihre Rechnung kommen.

Der Zentralverband der Pensionisten

lädt zum **gemütlichen Donnerstagtreffen** ein!
Wir treffen uns zum Gedankenaustausch, Kartenspiel und anderen Vergnügungen.
Jeden Donnerstag ab 14.00 Uhr

im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus in der Lagergasse 98a, 8020 Graz.

SPRECHTAGE

des Zentralverbandes der Pensionisten

Montag bis Freitag
von 10.00 bis 12.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 71 24 80

um Voranmeldung wird gebeten.

Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

EIN BALL FÜR ALLE: VOLKSHAUSREDOUTE FÜR ROSALIE

Das Grazer Ballereignis am 27. Jänner

Am 27. Jänner beginnt um 19.30 Uhr die Volkshausredoute, ein günstiges Ballvergnügen für alle. Der Reinerlös kommt dem Haus Rosalie zu Gute.

kann. Die Volkshausredoute im denkmalgeschützten Volkshaus in der Lagergasse 98a holt zum Gegenschlag aus und bietet ein Ballvergnügen für alle, denen Schicki-Micki und Grazer Geldadel zuwider oder Prestigebälle schlichtweg zu teuer sind.

Einlass ist ab 19.30 Uhr, der Eintritt besteht aus einer freiwilligen Spende. Durch den Abend führt Kurt Palm, die

Musik kommt von Austro-Mex. Um Mitternacht wird „Qempas acting a capella“ für Stimmung sorgen.

Der Reinerlös dient nicht der Zukunft eines glamourösen Events wie bei anderen Redouten, sondern kommt dem Haus Rosalie zugute, einem Bestandteil der Vinzi-Bewegung. Das Haus Rosalie bietet Frauen und Kindern in Not so lange eine Unterkunft, bis eine bedürfnis-

gerechte Wohnform gefunden ist.

Also tun Sie sich und dem Haus Rosalie etwas Gutes, tragen Sie die Volkshausredoute dick in den Kalender ein und kommen Sie am 27. Jänner ins Volkshaus!

Es muss nicht die Opernredoute sein, für die sich ein Normalverbraucher den Eintritt sowieso nicht leisten

LUXUSBALL:

Die Opernredoute ist der Luxusball in Graz. Er findet – wie die Volkshaus-Redoute – am 27. Jänner statt. Eine Eintrittskarte kostet 185 Euro, Jugendliche und Studenten dürfen um 60 Euro rein. Tischplätze gibt es von 79 bis 175 Euro, Logen kosten 1.600 Euro aufwärts (bis 4.400 Euro, wenn zehn Personen Platz haben sollen).

Bei der Volkshausredoute besteht der Eintritt aus einer freiwilligen Spende – es gibt keine Fixkosten, nur ein schönes Ballerlebnis.

„Redoute für Rosalie“

der Ball im Grazer Volkshaus – nicht nur für die unteren Zehntausend“ – ein kostengünstiges Ballvergnügen für alle!

**Samstag,
27. Jänner 2007
Beginn 19.30
Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a**

Moderation:

Kurt Palm

Musik:

Austro-Mex

Mitternachtseinlage:

**Qempas acting
a capella**

Um Reservierungen
unter Tel. 71 24 79
wird gebeten!

Volkshaus Redoute

Volkshaus Redoute
Kein Ball für die oberen Zehntausend
Samstag, 27. Jänner 2007

KPÖ
bildungsverein

KPÖ

Picture: Oliver Fench